

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.

Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 69, Rotfbuferdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate pro vierstellige Zeitzeile 60 Pf., Stellengehehe 40 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf., Verbandsmitgliedsanzeigen 20 Pf. Privat-Anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 19

Berlin, den 7. Mai 1910.

26. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Bezugnehmend auf den an anderer Stelle dieses Blattes enthaltenen Beschluß des Außerordentlichen Gewerkschaftskongresses und den Aufruf der Generalkommission betreffend die Unterstützung der ausgesperrten Bauarbeiter fordern wir hierdurch die Mitglieder des Verbandes auf, sich recht rege und opferwillig an den allgemeinen Sammlungen zu beteiligen, welche von den Gewerkschaftskartellen veranstaltet werden.

Ueber die von unseren Zahlstellen und Gauen zum vorgenannten Zweck abgeführten Summen wollen uns die Bevollmächtigten nach Abschluß der Sammlungen entsprechende Mitteilungen zugehen lassen, um feststellen zu können, in welchem Maße sich unsere Mitglieder an den Sammlungen beteiligt haben. Die Erträgnisse der Sammlungen sind als Einnahme und Ausgabe der Lokalkasse zu buchen und müssen in den am Jahreschluß an uns einzuliefernden Abrechnungen der Lokalkassen mit enthalten sein.

2. Wir ersuchen die Bevollmächtigten, in deren Orten bezw. Bezirken für unsere Bezüge von Arbeitgeberorganisationen errichtete unparteiische Arbeitsnachweise bestehen, uns davon schnellstens, spätestens aber bis zum 14. d. M., Mitteilung machen zu wollen und dabei anzugeben, um welche Arbeitsnachweise es sich handelt, wann dieselbe errichtet wurde und wie die Adresse der betreffenden Stelle ist.

3. Von dem ersten Band der „Geschichte des Buchbinder-Verbandes“ sind den Zahlstellen je zwei Exemplare, den Gauen vorständen je ein Exemplar für die Bibliothek bezw. Archiv der betreffenden Stelle zugesandt. Infolge verspäteter Fertigstellung konnte die Zusendung leider erst etwas später erfolgen, wie in unserer diesbezüglichen Bekanntmachung angegeben war. Sollte die Sendung aber auch jetzt irgendwo noch nicht eingegangen sein, wollen die Bevollmächtigten uns das mitteilen, damit wir Nachsendung bewirken können. Frühere Reklamationen betrachten wir als erledigt.

Die Bevollmächtigten ersuchen wir, die unentgeltlich gelieferten Exemplare auf dem Titelblatt mit dem Stempel der Zahlstelle bezw. des Gauenvorstandes zu bedrucken, um sie so als Eigentum des Verbandes zu kennzeichnen.

4. Die Erhöhung des Lokalbeitrages von 5 auf 10 Pf. pro Woche für die Mitglieder der 3. und 4. Beitragsklasse und die Einführung eines Lokalbeitrages von 10 Pf. pro Monat für die Mitglieder der 1. und 2. Beitragsklasse ist von der Zahlstelle Halle a. S. beschlossen und von uns genehmigt worden.

Der Verbandsvorstand.

## Der außerordentliche Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

I.

Im Berliner Gewerkschaftshause trat am 25. April der außerordentliche Gewerkschaftskongreß zusammen, der Protest einlegen sollte gegen die Reichsversicherungsordnung, die den Wünschen der Arbeiterschaft in keiner Weise entspricht. Anwesend waren auf dem Kongreß 422 Delegierte, die 58 Organisationen mit 1948 582 Arbeitern und Arbeiterinnen vertraten. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung bekundete der Kongreß seine Sympathie mit den ausgesperrten Bauarbeitern durch die einstimmige Annahme der nachstehenden Resolution:

„Der außerordentliche Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zu Berlin spricht den ausgesperrten Bauarbeitern seine vollsten Sympathien aus. Das von dem Unternehmerverband vorgelegte Vertragsmuster enthält Bestimmungen, deren Annahme jeden weiteren Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbinden müßte. Die Zurückweisung dieser Bestimmungen erfordert das Selbst-erhaltungsinteresse der Gewerkschaften. Der Kampf der organisierten Bauarbeiter gegen die beabsichtigte Vergeewaltigung durch den Unternehmerverband ist deshalb ein Kampf für die gewerkschaftlichen Grundrechte aller Arbeiter. Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß fordert auf Antrag sämtlicher Vorstände der deutschen Gewerkschaften die organisierten Arbeiter Deutschlands auf, auch ihrerseits den ausgesperrten ihre Solidarität durch sofortige Aufnahme allgemeiner Sammlungen zu beweisen.“

Nachdem vorher im Namen der Berliner Gewerkschaftskommission Ritter-Berlin den Kongreß willkommen geheißen hat, werden zu Vorstehenden des Kongresses Legien-Berlin und Haupt-Magdeburg, zu Schriftführern Kändler-Altenburg (Mühlensarbeiter), Hübsch-Berlin (Zerthlarbeiter), Kaiser-Berlin (Holzarbeiter), Dreher-Berlin (Transportarbeiter), als Führer der Rednerliste Wridner-Berlin (Buchbinder) und Urban-Berlin (Angestellter) bestimmt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

### „Krankenversicherung“

nimmt als Referent Bauer-Berlin das Wort. Zu diesem Punkt liegt dem Kongreß folgende Resolution vor:

„Für die Krankenversicherung bringt der Entwurf zwar einige Verbesserungen (Ausdehnung der Versicherungspflicht, Ansätze zur Zentralisation), aber in durchaus unzureichender Weise. Eine gerechte, die Interessen der Versicherten berücksichtigende Form der Krankenversicherung muß die Dezentralisation der Versicherungsträger besitzigen. Gemeinsame Ortskrankenkassen für die Städte und Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden unter Aufhebung der übrigen Krankenkassenformen, soweit sie sich nicht auf die Gewährung ergänzender Krankenunterstützung beschränken, sind wichtigste Voraussetzungen für eine gezielte Entwicklung der Krankenversicherung. Die im Entwurf vorgesehene Halbierung der Beiträge und des Stimmrechts bedeuten die vollkommene Entrechtung der Versicherten. Die vorgeschlagene Regelung des Rassenbeamtenrechts, der Rechtsbeziehungen der Krankenkassen zu den Ärzten und Apotheken bedarf dringend einer Änderung auf der Basis völliger Vertragsfreiheit beider Teile. Das bisherige Selbstverwaltungsrecht darf nicht beschleht, es müssen im Gegen-

teil die Befugnisse der Aufsichtsbehörde eingeschränkt werden. Der Kongreß fordert:

1. Die Erhöhung der Einkommengrenze für die Versicherungspflicht auf 5000 M.

2. Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen, insbesondere Gewährung einer ausreichenden Unterstützung an Schwangere und Wöchnerinnen, Gewährung von Stillgeld (Mutterschaftsversicherung).

3. Einräumung des Rechts an die Krankenkassen, auch auf dem Gebiet der Krankheitsverhütung tätig zu sein, darauf bezügliche Vorschriften zu erlassen und die Durchführung dieser sowie der auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen zu überwachen.

4. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Dienstboten, Hausgewerbetreibenden usw. mit den gewerblichen Arbeitern.

5. Einheitlichkeit des Rechtsweges, Zuständigkeit des Reichsversicherungsamts als höchste Aufsichts- und Rekurrsinstanz unter Ausschaltung der Verwaltungsbehörden.

6. Uebernahme der Kosten für die Versicherungsbehörden auf das Reich, die Einzelstaaten und Gemeinden.“

Die Krankenversicherung ist zwar auf die Land- und fortwirtschaftlichen Arbeiter, auf die Dienstboten, die unabhängig oder im Wander-gewerbe Beschäftigten, auf die Hausgewerbetreibenden usw. ausgedehnt worden, aber von einer Erhöhung der gesetzlichen Mindestleistung ist keine Rede. Die Leistungen der Krankenkassen erstrecken sich auf Krankenhilfe, Wochengeld und Sterbegeld. Auch in Zukunft dürfen die Krankenkassen dem Versicherten im Falle der Doppelversicherung das Krankengeld bis zum Durchschnittsbetrag seines täglichen Arbeitsverdienstes kürzen. Ebenso sind die Mitglieder verpflichtet, der Zwangskasse das Bestehen eines anderen Versicherungsverhältnisses innerhalb einer Woche anzuzeigen. Die einzige Erhöhung der Leistungen, die der Entwurf vorsieht, ist die Erhöhung der Wöchnerinnenunterstützung von sechs auf acht Wochen. Scheiden Versicherte in Zukunft wegen Erwerbslosigkeit aus der Kasse aus, die in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen versichert waren, so verbleibt ihnen der Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, wenn der Unterstützungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt. Der Entwurf verlängert die jetzige Frist von drei Wochen vor dem Ausscheiden auf sechs Wochen. Zugleich beseitigt er aber die Unbilligkeit, die darin liegt, daß die Versicherung unter allen Umständen gerade während der Zeit vor dem Ausscheiden nicht unterbrochen gewesen sein darf. Wer nun in Zukunft zwar nicht sechs Wochen unmittelbar vor dem Ausscheiden versichert war, braucht nur den Nachweis zu erbringen, daß er im Laufe des letztvergangenen Jahres mindestens ein halbes Jahr hindurch zu den Versicherten gehört hat. Eine einheitliche Kassenform hat die Vorlage nicht gebracht. In Zukunft werden wir also neben den Ortskrankenkassen noch die Landkrankenkassen (die an Stelle der Gemeindekrankenversicherung treten), ferner die Betriebs-, Knappschafts- und Innungskassen haben. Neben der allgemeinen Ortskasse wird eine besondere Ortskasse nur zugelassen, wenn sie u. a. mindestens 500 Mitglieder zählt. Betriebskassen können nur für Betriebe errichtet werden, die dauernd mindestens 500 Arbeiter beschäftigen. Um den Unternehmern entgegenzukommen, kann die Mindestzahl von 500 bis auf die Hälfte und im

Winnenschiffahrtsgewerbe sogar bis auf 50 herabgesetzt werden. Bestehende Betriebsklassen können mit 100 Mitgliedern weiter zugelassen werden. Die Herren von der Innung genießen die weitere Bestätigung, daß zur Errichtung einer Innungs-Krankenkasse eine bestimmte Anzahl von Versicherten nicht vorgegeben ist. Vor der Errichtung einer solchen Kasse ist der Gesellenaussschuß zu hören. Aufgabe desselben wird es sein, sich gegen die Errichtung solcher Zweigklassen energisch zu wehren. Um die Selbstverwaltung illusorisch zu machen, sollen die Beiträge von den Arbeitern und Unternehmern je zur Hälfte getragen werden. Natürlich besteht dann auch der Kassenvorstand je zur Hälfte aus Arbeitern und Unternehmern. Die Vorstandsmitglieder wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden. Als gewählt gilt aber nur derjenige, der sowohl die Mehrheit der Stimmen der Arbeiter wie der Unternehmer im Vorstände erhält. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, so ist eine neue Sitzung anzuberäumen. Kommt auch in dieser eine Wahl nicht zustande, so bestellt das Versicherungsamt einen Vertreter, der bis zu einer gültigen Wahl die Rechte und Pflichten des Vorsitzenden auf Kosten der Kasse ausübt. Auf solche Weise gelangt man, wenn auch auf Umwegen, zum Gemeindebeamten als Vorsitzenden. Neben dem Vorstand kommt noch ein Ausschuß in Betracht. Die Wahlen der Krankenkassenvertreter erfolgen nach den Grundfragen der Verhältniswahl. Die freien Hilfsklassen werden nur noch als sogenannte Erfassklassen bezeichnet.

Ueber **Mutterchaftsversicherung**, die in vorstehender Resolution mit berührt wird, hielt Gertrud Hanna-Berlin, die Arbeiterinnensekretärin der Generalkommission, ein Referat, in dem sie folgendes ausführte:

Nur vier der mehr als 1500 Paragraphen umfassenden Reichsversicherungsordnung beschäftigen sich mit der Wochenhilfe für Frauen. Schon das zeige, daß von einer wirklichen Mutterchaftsversicherung keine Rede sei. In Deutschland sterben von 100 Lebendgeborenen im ersten Jahre 18,5 Proz., eine Sterblichkeitsrate, die nur von Oesterreich und Rußland übertroffen werde. Demgegenüber siehe England mit nur 11 Proz. und Norwegen mit nur 8 Proz. Säuglingssterblichkeit. Die hohe Sterblichkeitsrate in Deutschland habe ihre Ursache nicht in klimatischen Gründen, sondern ausschließlich in den wirtschaftlichen Verhältnissen; denn sie sei in den einzelnen Gegenden des Reiches, ja sogar in den einzelnen Vororten Berlins je nach der wirtschaftlichen Struktur der Bevölkerung ganz ungleich. Bei den Kindern vom ersten bis fünften Jahre sei infolge der großen hygienischen Fortschritte die Sterblichkeit im letzten Jahrhundert fast um die Hälfte zurückgegangen, bei Kindern unter einem Jahre dagegen gleich hoch geblieben. Immer mehr verheiratete Frauen gehen in die Fabrik und damit wachsen die Gefahren einer hohen Kindersterblichkeit immer rascher. Nach der neuen Reichsversicherungsordnung erhalten nur die schon 6 Monate vorher versicherten Wöchnerinnen eine Entschädigung in der Höhe des Krankengeldes auf die Dauer von acht Wochen. Alle weiteren Leistungen an die Familienmitglieder von Versicherten, an Stillgeld usw. seien in das Belieben der Krankenkassenvorstände gestellt. Demgegenüber sei unter Ablehnung besonderer Mutterchaftsversicherungskassen eine Entschädigung von 8 Wochen vor und nach der Entbindung in Höhe des vollen Tagesverdienstes, an Stillgeld für Selbststillende für Mitglieder bis 13 Wochen nach der Entbindung in Höhe des vollen Krankengeldes zu fordern. Außerdem seien Hebammendienste und freie ärztliche Hilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden zu verlangen. Leider sei bisher nur ein Drittel der erwerbstätigen Frauen krankenversichert, so daß die Ausdehnung der Krankenversicherung gerade hier besonders wichtig und notwendig sei. Der Mutterschutz sei vielleicht das bedeutendste Stück im Ausbau der Krankenversicherung. Die Ausgaben würden zum Teil erspart werden durch die Abnahme der Tuberkulose und durch die Minderung der Fehlgeburten, die bei nichtversicherten Frauen siebenmal so häufig seien wie bei versicherten. Gesündere Mütter bedeuten gesündere Kinder und Ersparnisse an Krankheitskosten der Kassennmitglieder der Zukunft. Auch höhere Beiträge würde die Arbeiterschaft nicht scheuen, denn die Hauptaufgabe der Volksgesundheitspflege sei zurzeit ein ausreichender Mutterschutz.

Ueber die **Unfallversicherung** referierten R. Wiffell-Berlin und P. Müller-Hamburg.

Die Unfallversicherungspflicht ist zwar etwas erweitert worden; sie jedoch auf alle Lohnarbeiter, also auch auf das Kleingewerbe auszudehnen, dazu hat man sich nicht aufschwingen können. Natürlich sollen auch in Zukunft nur die „Betriebs“unfälle entschädigt werden. Unfälle auf Wegen, Unfälle des täglichen Lebens, sowie Gewerbetrankeiten werden nicht als entschädigungspflichtige Unfälle angesehen. Die Berufsgenossenschaften überlassen auch in Zukunft die Entschädigung während der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfälle den Krankenkassen. Die Rente wird nach zwei Dritteln des Jahresarbeitsverdienstes berechnet. Wer infolge des Unfalls derart hilflos wird, daß er ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann, dem ist die Rente entsprechend, jedoch höchstens bis zum vollen Jahresarbeitsverdienste, für die Dauer der Hilflosigkeit zu erhöhen. Renten von 20 Proz. ab und weniger können von vornherein auf eine bestimmte Zeit beschränkt werden. Beträgt heute die Rente 15 Proz. oder weniger, so kann der Verletzte auf Antrag abgefunden werden. Der ursprüngliche Entwurf sah die Abfindung sogar gegen den Willen des Verletzten vor. Der neue Entwurf macht jedoch die Abfindung, und zwar bei Renten von 20 Proz. abwärts, von der Zustimmung des Verletzten abhängig. Weiter ist aus dem ursprünglichen Entwurf über das Nutzen der Rente die Bestimmung getrichen worden, wonach die Rente ruhen sollte, solange und soweit das Entgelt, das der Verletzte erhält, zusammen mit der Rente den Betrag übersteigt, den er ohne den Unfall bezogen haben würde. Ebenso sollte die Rente ruhen, wenn der Verletzte geeignete Arbeitsgelegenheit ohne triftigen Grund unberührt lieh. Auch diese Verschlechterung ist nicht mit übernommen worden. Dagegen können die Berufsgenossenschaften aber Einrichtungen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Unfallverletzte treffen.

Wiffell, der über **Gewerbe- und Landwirtschaftliche Unfallversicherung** referierte, legte dem Kongreß folgende Resolution vor:

„Einsichtlich der Unfallversicherung erklärt der Gewerkschaftskongreß, daß der neue Entwurf in keiner Weise den zu stellenden Ansprüchen an eine wirksame Unfallversicherung entspricht. Die Ausschaltung zahlreicher Berufs- und Gewerbebezüge von der Unfallversicherung entbehrt jeder inneren Berechtigung. Das gleiche gilt auch für den Ausschluß der auf dem Gebiete der öffentlichen Wohlfahrt Tätigen von der Versicherung. Es wird deshalb die Ausdehnung der Versicherung gefordert:

1. Auf alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes oder Gehaltes.
2. Auf die selbständigen Unternehmer, soweit ihr Einkommen 3000 M. nicht übersteigt, unter Gewährung der Versicherungsberechtigung bei einem Einkommen bis zu 5000 M.
3. Auf die im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt Tätigen.

Der Begriff des Betriebsunfalles ist auszu dehnen auf die Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeit. Gleich den Unfällen sind die Gewerbe- und klimatischen Krankheiten zu entschädigen. Die Träger der Unfallversicherung haben vom Tage des Unfalls an einzutreten. Die Rente hat in voller Höhe den den Verletzten, seinen Angehörigen oder Hinterbliebenen erwachsenden Schaden zu ersetzen. Sie ist unter voller Anrechnung des wirklichen Arbeitsjahresverdienstes unter Einhaltung einer Mindestgrenze zu berechnen. Den Versicherten ist sowohl bei Erlaß und bei der Durchführung der zu erweiternden Unfallversicherung bei der Ermittlung des Unfallherganges und bei der Rentenfestsetzung entscheidende Mitbestimmung durch gewählte Vertreter aus ihren Kreisen einzuräumen. Entschieden wendet sich der Kongreß gegen alle Vorschläge, die eine Verschlechterung der bisherigen Bestimmungen bedeuten.

Müller, der über **Seeunfallversicherung** sprach, erhob im Namen von 75 000 versicherten seemannischen Arbeitern Protest gegen die Vorlage, die gänzlich unannehmbar sei.

**Das erste Stadium des Bauarbeiterkampfes.**

P. Der große Kampf der Bauarbeiter muß von uns studiert werden, wie man eine Generalschlacht studiert. Denn ebenso wie es einen Unterschied gibt zwischen den Laboratoriumsversuchen des Technikers und der wirklichen Fabrikation, zwischen der

Mannüberübung und dem wirklichen Krieg, so helfen auch uns keine theoretische Voraussicht, keine Berechnungen, sondern wir lernen die Bedingungen, Möglichkeiten, Potenzen der modernen Arbeiterkämpfe am letzten Ende nur aus diesen selbst, indem wir die Kämpfe durchmachen und uns von ihrem Wesen kritische Rechenhaft verschaffen.

Das **erste Stadium des Kampfes** war der Aufmarsch der kämpfenden Parteien und die Befestigung der Kampfstellungen. Schon dieser Aufmarsch war bei der großen Ausdehnung des Kampfes, der Mannigfaltigkeit der mitspielenden Interessen eine sehr komplizierte Erscheinung, die wohl eine besondere Betrachtung verdient. Es trat eklatant zum Vorschein, wird auch von keiner Seite bestritten, daß in diesem ersten Stadium des Kampfes die Arbeiter eine große Ueberlegenheit der Organisation wie auch der Taktik gegenüber den Unternehmern gezeigt haben. Durch den Abschluß der Sonderverträge in Hamburg und Berlin haben sie ihre Stellung ungemein gestärkt und sich die Möglichkeit geschaffen, im Kampfe auszuharren. Auf das Ausgeharrten kommt es aber in diesen Kämpfen, wie bei allen Massenbewegungen, in erster Linie an. Ein weiterer Vorteil auf Seiten der Arbeiter ist, daß sie auf der ganzen Linie die Defensive behalten haben, falls die Stellung der kämpfenden Parteien sich nicht ändert. Nur die Hineinbeziehung neuer Massen in den Kampf könnte unter Umständen den Arbeitern eine Aenderung der Taktik billieren. Die musterhafte Ordnung, die Geschlossenheit und Entschlossenheit, die Ruhe und Besonnenheit, mit denen sich der Aufmarsch des kämpfenden Proletariats vollzogen hat, bedingt nicht zum geringsten den günstigen Eindruck, den die Bauarbeiter in der Öffentlichkeit hervorgerufen haben.

Ganz anders traten die Unternehmer in den Kampf. Im Gegensatz zu der vielgepriesenen Einmütigkeit der Arbeitgeberverbände herrschte hier in der ersten Zeit ziemlich Verwirrung und Unentschlossenheit an einzelnen Orten, die im starken Widerspruch standen zu dem hohen Ton, dessen man den Arbeitern gegenüber sich bedient hatte. Beobachtet man den Eindruck, den das Auftreten der Unternehmer selbst in den ihnen freundlich gestimmten bürgerlichen Kreisen hervorgerufen hat, so wäre man beinahe versucht zu sagen: Hochmut kommt vor den Fall! Die Unternehmerverbände haben sich in der Beurteilung der öffentlichen Stimmung getäuscht und sie haben durch ihr Auftreten diese Stimmung erst recht verdorben. Sie glaubten, die bürgerliche Presse wie eine Hundemeute auf den Pfiff hinter den Arbeitern heben zu können; aber diese zeigt sich widerspenstig, folgt ungern und maukt. Es kam denn auch bereits zu einem regelrechten Gegenstand zwischen der „Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeber-Zeitung“, die die gesamte bürgerliche Presse der Parteinahme für die Arbeiter beschuldigte, und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, die ihr sehr scharf auseinandersetzte, daß man doch beim besten Willen die dem Verband unangenehme Tatsache nicht umlügen könne. Diese Stellung der bürgerlichen Presse beruht selbstredend nicht auf Idealismus, sondern sie hat ihre materiellen Gründe.

Vor allem die **Konjunktur**. Durch die ganze bürgerliche Öffentlichkeit geht der Schmezzensruf: „Laßt ab, ihr verberbt uns das Geschäft!“ Die Konjunktur war zweifellos auch das ausschlaggebende Moment bei den Vertragsabschlüssen in Hamburg und in Berlin. Die Arbeiter rechneten eben mit der Konjunktur, die Unternehmer aber glaubten, sich über die Konjunktur hinwegsetzen zu können, weil sie die Macht ihrer Millionen überschätzt und mehr, weil sie die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter unterschätzt haben. Sie glaubten, durch den Druck der Nichtorganisierten die Arbeiter uneinig machen zu können, und müssen jetzt zusehen, wie die Nichtorganisierten sich den anderen anschließen, ja noch mehr, sie müssen in ihren eigenen Reihen einen Kampf ausfechten, weil viele Unternehmer darauf bestehen, wenigstens die Nichtorganisierten zu beschäftigen. Die Scharfmacher haben aber auch das politische Moment falsch beurteilt. Sie selbst befinden sich noch immer in der Stimmung der letzten Reichstagswahlen, der großen bürgerlichen Mobilmachung gegen die Sozialdemokratie, sie können es auch gar nicht anders, denn sie sind durchwegs reaktionär; die allgemeine Stimmung hat aber seitdem umgeschlagen. Es ist ein ungemein kennzeichnendes Moment, daß die Politik in diesen Gewerkschaftskampf stark

hineinspielt, und zwar zunächst in einer Weise, die die Bourgeoisie von dem organisierten Großkapital trennt. Wenn man auch in den bürgerlichen Kreisen die ganze Tragweite des Kampfes zwischen dem industriellen und agrarischen Interesse, der immer schärfer in Deutschland wie in anderen Ländern Europas hervortritt, noch nicht erfasst hat, so ist man sich doch der politischen Zerlegung bewußt, der das Reich ausgekehrt ist, und spürt es, daß die Bourgeoisie ohne die politische Unterstützung der Arbeiter nicht auskommen kann. Noch mehr aber fürchtet man die Arbeiter. Man erschreckt vor der Aussicht, daß in den Trüben der Wahlrechtskämpfe und der handelspolitischen Kämpfe Armeen Arbeitsloser hineingezogen werden. Zugegebenerweise waren dieser politische Grund und die Rücksicht auf die Konjunktur die Veranlassung zu den Vermittlungsversuchen der Regierung.

Der bisherige Verlauf des Kampfes hat aber auch ein wichtiges Moment gut gefördert, weshalb die Unternehmerverbände so sehr auf dem zentralen Abschluß der Verträge bestehen. Sie brauchen den Zentralverband nicht nur gegen die Arbeiter, sie brauchen ihn gegen die vielen Unternehmer an kleinen Orten. Unter dem Vorwand, das Verfügungsrecht des Unternehmers zu wahren, sollen Tausende kleiner Unternehmer um ihre Selbständigkeit gebracht werden. Diese gefürchtet ja auch jetzt an vielen Orten nur sehr unwillig, und um sie zu zwingen, soll die Materialsperrung verhängt werden. Würde es auf diesem Wege gelingen, die Bautätigkeit lahmzulegen, so stünde allerdings die Macht der Verbände der Bauunternehmer so groß da, daß dem einzelnen Unternehmer gar nichts anderes mehr bleiben würde, als sich ihnen anzuschließen. Um die Materialsperrung zu erreichen, wird andererseits ein Druck auf die Materiallieferanten ausgeübt, indem Beschlüsse gefaßt werden, mit den Lieferanten, die sich der Sperrung nicht anschließen, für mehrere Jahre jede Geschäftsverbindung zu unterbrechen. Die Materiallieferanten sind aber außerdem unter sich fraktioniert, die Zementlieferanten sogar international. Das ist gewiß, wir bestreiten es nicht, ein schwerwiegendes Moment. Mit der Materialsperrung beginnt das zweite Stadium des Kampfes. Die Unternehmer behaupten jetzt, in 6-8 Wochen mit den Arbeitern fertig werden zu können. Sie werden sich wieder verrechnen, wie sie sich schon einmal verrechnet haben. Wie die Situation jetzt ist, kommen auf einen in der Bauindustrie ausgeprägten 10 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter.

Der Kampf kann unter diesen Umständen dauern, und wenn die ganze Kaufsaison dabei verloren gehen sollte.

**An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!**

Seit dem 15. April sind die Arbeiter der baugewerkschaftlichen Organisationen ausgesperrt, weil sie die Annahme eines Vertragsmusters ablehnten, das ihren gewerkschaftlichen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen lahmgelegt hätte. Es ist der größte Kampf, der zwischen Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter in Deutschland jemals ausgetragen wurde, und schon die Rücksichtnahme auf den großen Umfang und die Schwere dieses Kampfes erheischt es, die notwendige Unterstützungsfaktion ohne Verzug einzuleiten.

Der Außerordentliche (siebente) Gewerkschaftskongreß vor Berlin hat am 25. April folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Außerordentliche Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zu Berlin spricht den ausgesperrten Bauarbeitern seine vollsten Sympathien aus. Das von dem Unternehmerverband vorgelegte Vertragsmuster enthält Bestimmungen, deren Annahme jeden weiteren Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbinden müßte. Die Zurückweisung dieser Bestimmungen erfordert das Selbstbehauptungsinteresse der Gewerkschaften. Der Kampf der organisierten Bauarbeiter gegen die beabsichtigte Vergewaltigung durch den Unternehmerverband ist deshalb ein Kampf für die gewerkschaftlichen Grundrechte aller Arbeiter. Der Außerordentliche Gewerkschaftskongreß fordert auf Antrag sämtlicher Vorstände der deutschen Gewerkschaften die organisierten Arbeiter Deutschlands auf, den Aussperrten ihre Solidarität durch sofortige Aufnahme allgemeiner Sammlungen zu beweisen.“

In Ausführung dieses Beschlusses ersuchen wir die organisierte deutsche Arbeiterschaft, sich nach Kräften an diesen Sammlungen für die ausgesperrten Arbeiter der Baugewerbe zu beteiligen.

An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen zu diesen Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammellisten werden von der Generalkommission nicht verlangt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Bauarbeiter aufgebrauchten Gelder nur an die Generalkommission abzuführen. Für die Ablieferung ist folgende Adresse zu benutzen:

Konto-Nr. 7930, Hermann Kube, Postfachamt Berlin oder direkt an Hermann Kube, Berlin S.O. 16, Engelufer 15.

Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letztere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einlieferung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen, unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers, ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Eingahlungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftskartelle Zahlkarten, auf denen die volle Adresse vorgedruckt und auf denen nichts weiter nachzutragen ist als der Betrag, der abgebandt wird. Zahlkarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reichs unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einsenden — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftskartell am Ort eingeliefert werden —, werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftskartell am Ort ausshändigen zu lassen.

Ueber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht zugestellt.

**Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands  
C. Region.**

**Die Kartonnagen-Industrie im Gau 15.**

Wenn wir von dem Königreich Sachsen absehen, dürfte wohl in keinem anderen Gau die Kartonnagenindustrie eine derartige Ausdehnung erreicht haben wie gerade im Gau 15. Im Anschluß an die vom Verbandsvorstande in den letzten Jahren herausgegebenen Flugschriften für die Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen sowie im Verfolg der auf dem Gautag in Laß gefaßten Beschlüsse, die Agitation unter den Berufsangehörigen der Kartonnagenbranche intensiver als bisher zu betreiben, hielt es die Kartellkommission in Stuttgart für geboten, ihre Erhebungen nicht nur auf Stuttgart und Umgebung zu beschränken, sondern auch die bis in die fernsten Winkel unseres Gauces zerstreuten Städtchen, in denen eine größere Anzahl unserer Berufsangehörigen beschäftigt werden, in den Kreis dieser Erhebungen mit einzubeziehen. Dank der allseitigen Unterstützung sowohl seitens des Gauborstandes als auch seitens unserer Vertrauensleute sind wir heute in der Lage, mit einem äußerst reichhaltigen Material aufzuwarten. Unsere Erhebungen, welche sich auf 11 Zahlstellen und 19 Orte im Gau erstrecken, zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, unter welchen geradezu erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen ein großer Teil unserer Berufsangehörigen heute noch gezwungen ist, zu arbeiten.

In den 11 Zahlstellen des Gauces wurden in 52 Betrieben 2310 Berufsangehörige ermittelt, und zwar 442 männliche, 998 weibliche Personen und 930 Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen (15 männliche, 915 weibliche). Die Ermittlungen in 19 Orten im Gau ergaben, daß dort in 23 Betrieben insgesamt 1050 Personen beschäftigt werden, 140 männliche, 840 weibliche und 70 Heimarbeiterinnen. In den Zahlstellen und im Gau zusammen sind demnach 3360 Personen in der Kartonnagenindustrie tätig. Dieselben verteilen sich wie folgt: 582 männliche, 1778 weibliche Personen, 15 Heimarbeiter und 985 ständig beschäftigte Heimarbeiterinnen. In drei Orten des Gauces, und zwar in Laß, Stuttgart und Umgegend, und in Tröfingen werden in den letzten vier Monaten des Jahres außerdem noch zirka 300 Heimarbeiterinnen vorübergehend beschäftigt. Betrachten wir die letzteren sowie von den oben ge-

nannten 3360 Personen noch zirka 10 Proz. als nicht organisationsfähig, so kommen für unsere Organisation immer noch rund 3000 Personen in Frage, von denen heute leider erst ein kleiner Bruchteil organisiert ist. Daß wir uns heute aber mehr als je mit dem Gedanken beschäftigen müssen, diese uns noch fernstehenden Berufsangehörigen für unsere Organisation zu gewinnen, dafür sind wir in der Lage im weiteren Verlauf dieses Berichtes den Beweis anzutreten. Ueber die Verhältnisse in den einzelnen Zahlstellen und Orten lassen wir am besten unsere Vertrauensleute berichten. Zunächst zu dem Zentralpunkt unseres Gauces.

Stuttgart bietet eigentlich noch das erfreulichste Bild in der Flucht der Erscheinungen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1908, speziell aber im Jahre 1909, wurde eine rege Agitation unter den Kartonnagenarbeitern und Arbeiterinnen entfaltet. Eine ganze Reihe gut besuchter Branden- und Werkstubeversammlungen, eine größere Anzahl von Neuaufnahmen, die Wahl einer Tarifkommission zur Ausarbeitung eines Lohn- und Affordtarifes, all das sind Anzeichen eines erwachenden Interesses. Nur dem bescheidenen Wunsch wollen wir noch Ausdruck verleihen, die heute bereits organisierten Kollegen und Kolleginnen möchten sich mehr an der praktischen Mitarbeit, sowohl bei der Ausarbeitung des Tarifes als auch in der Agitation, beteiligen und nicht die ganze umfangreiche Arbeit, welche zweifellos auch hier noch zu leisten ist, auf die Schultern der Tarifkommission abwälzen. Ueber das Verhalten unserer hiesigen Arbeitgeber haben wir dagegen gar nichts Erfreuliches zu berichten. Daß man unsere Kollegen in den einzelnen Betrieben verwarnt hat, sich bei der Agitation für den Verband in „maßvollen Worten“ zu bewegen, können wir noch verstehen. Weniger nobel ist es, daß wiederholt der Versuch gemacht wurde, die in der Agitation tätigen Kollegen bei ihrem Arbeitgeber zu denunzieren. Daß man es dabei speziell auf solche Kollegen abgesehen hat, welche sich in leitender Stellung befinden, läßt das ganze Verfahren verständlich erscheinen. In einem Betriebe ist man sogar soweit gegangen, dem dortigen Werkführer zu kündigen. Angeblich geschah dies aus dem Grunde, weil derselbe dem Personal gegenüber nicht energisch genug aufgetreten sein soll. Wie wir jedoch aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren haben, ist die Kündigung in Wirklichkeit nur aus dem Grunde erfolgt, weil der Betreffende Verbandsmitglied war. Durch derartige Mittelchen werden unsere tätigen Kollegen aus der Branche nur noch bestärkt in ihrem Vorhaben: dem Verbands immer neue Streiter zuzuführen, um zur gegebenen Zeit auch die Erreichung des Tarifes mit allem Nachdruck unterstützen zu können.

Aber noch ein anderes Vorwissen darf hier nicht unerwähnt bleiben. Man sollte doch meinen, daß an der Eindämmung der Gefängnisarbeit Arbeitgeber sowohl als auch Arbeitnehmer gleichermaßen interessiert wären. Daß dem nicht so ist, zeigt folgendes Vorwissen: Vor nicht allzu langer Zeit war bekanntlich die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ in der Lage, ein Rundschreiben der Gefängnisdirektion Ludwigsburg zu veröffentlichen, in welchem die hiesigen Prinzipale um Ueberweisung von Buchbinder- oder Kartonnagenarbeiten ersucht wurden. Die Kartonnagenkommission war sich von vornherein klar, daß höchstens aus den Reihen der Kartonnagenfabrikanten diesem Ansuchen entsprechen werden dürfte. Und siehe da, wir kannten unsere Pappenheimer leider nur zu gut. Eine größere hiesige Firma, welche als Spezialität unter anderem auch pharmazeutische Kartonnagen, sogenannte Apothekerfachlein anfertigt, konnte sich nicht versagen, Versuche nach dieser Richtung hin anzustellen. Das merkwürdigste dabei ist, daß die Firma diejenigen Arbeiten im Zuchthaus herstellen läßt, die vorher von den Heimarbeiterinnen in Weil im Dorf gefertigt wurden. Anscheinend war der Firma der hohe Lohn, den die Heimarbeiterinnen für ihre Tag- und Nachtarbeit mühsam erzielten, noch zu hoch. Ihr Verlangen hat die Firma dadurch nicht gehoben. Ein Vorwissen, welches hoffentlich dazu beiträgt, den vielen Heimarbeiterinnen in Stuttgart und Umgebung die Augen zu öffnen und ihnen zeigt, daß auch hier nur durch die Mithilfe der Organisation die Heimarbeit mit allen ihren Schäden beseitigt werden kann.

Eine weitere Zahlstelle unseres Gauces, in welcher die Kartonnagenindustrie eine größere Bedeutung erlangt hat, ist Laß in Waden. Unser dortiger Vertrauensmann schreibt wörtlich: „Für 19 hiesige Kartonnagenfabriken sind insgesamt 140 Kartonnager, 40 Stuisarbeiter, 90 Stilsarbeiter, 180 Arbeiterinnen, 55 Lehrlinge, 15 bis 20 Preßbergelder und zirka 800 Heimarbeiterinnen tätig. Die Arbeitszeit ist eine 9½stündige. Der Lohn der Kartonnager und Stuisarbeiter schwankt zwischen 12 und 23 Mk. Mit 21 bis 23 Mk. werden jedoch nur wenige Kollegen entlohnt. Nach dreijähriger Lehrzeit erhalten Kartonnager und Stuisarbeiter

12 bis 14 Mk. Der Lohn der Hilfsarbeiter schwankt zwischen 12 und 19 Mk., der Lohn der Arbeiterinnen sowohl im Lohn als auch im Afford zwischen 6 bis 13 Mk. Es gibt jedoch auch wenige Ausnahmen, welche mehr verdienen. Der Verdienst der Heimarbeitenden beträgt 20 bis 25 Mk. im Monat, wovon sie jedoch noch den Leim und den Spiritus zu bezahlen haben, welche Summe mindestens ein Fünftel des erzielten Verdienstes verschlingt. Der ganze Janmer, welcher in dem letzten Satz enthalten ist, wird noch fühlbarer, wenn wir uns vor Augen führen, daß die in den Fabriken übliche tägliche Arbeitszeit schon eine 9/10stündige ist. Wie mag es damit erst bei den Heimarbeitenden ausfallen! Zwölf Stunden täglich, unter Zufühnahme aller verfügbaren Hilfskräfte in der Familie, dürften erforderlich sein, um den angegebenen Höchstsatz von 50 Mk. im Monat zu erreichen, welcher sich nach Abzug der Unkosten für Leim und Spiritus bis auf 40 Mk. reduziert. Die Zustände in Laß sind nach unserem Dafürhalten, und dafür sprechen auch die in letzter Zeit in der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten Berichte, zurzeit derartige, daß seitens des Verbandsvorstandes außerordentliche Mittel bereitgestellt werden müßten, um für unsere dortigen Verbandsangehörigen die Schaffung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen anzubahnen. Mindestens 800 bis 1000 Mitglieder dürften allein in Laß und Umgebung bei andauernder und zäher Arbeit zu gewinnen sein.

Keine Zahlstelle, wohl aber einen Ort, welcher durch seine Kartonnagenindustrie von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, erblicken wir in Trofingen. Dort sind in 4 Betrieben, wovon drei Großbetriebe, über 500 Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigt. Die Zahl der Heimarbeitenden beträgt im Sommer 70, im Winter sind es über 200. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in Trofingen noch schlechter als in Laß. 18 bis 21 Mk. für Kartonnagenarbeiter, 5 bis 11 Mk. für Arbeiterinnen bei täglich 10stündiger Arbeitszeit dürfte so ungefähr dem Durchschnitt nahe kommen. Dabei sind in Trofingen bei der ungeheuren Ausdehnung, welche die Industrie in den letzten Jahren dort angenommen hat, die Preise für die notwendigsten Lebensmittel sowohl als auch für die Wohnungsmieten heute schon auf der selben Höhe angelangt, wie in den Großstädten Süddeutschlands. Trofingen bietet für den aufmerksamen Beobachter übrigens eine Fülle des Interessanten. Halb Dorf, halb Stadt, kann man sozusagen mit den Augen verfolgen, wie die Landwirtschaft von Tag zu Tag immer mehr durch die Industrie verdrängt wird. Vorbei an einförmigen, von imponierenden Dünghaufen beschaulich ungelagerten Bauernhöfen, ergießt sich der Strom der Tausende in den dortigen Metallwaren-, Harmonika- und Kartonnagenfabriken beschäftigten Industriearbeiter. Hier das im tiefen Dunkel liegende Häuschen eines kleinen Bäckerleins, während kaum 10 Schritte davon entfernt, die gewaltigsten Industriegebäude, ausgestattet mit den neuesten technischen Erzeugnissen, durch unzählige elektrische Lampen taghell erleuchtet, gigantisch in die Höhe ragen. 500 bis 600 Berufsangehörige stehen allein in Trofingen der Gewerkschaftsbewegung noch indifferent gegenüber.

Von den anderen Zahlstellen, in denen die Kartonnagenindustrie noch einigermaßen von Bedeutung ist, nennen wir noch Karlsruhe, Konstanz, Heilbronn und Göppingen. In den drei zuerst genannten Zahlstellen geht es langsam aber sicher vorwärts, während in Göppingen mit circa 180 Kartonnagenarbeitern und Arbeiterinnen, trotz wiederholten Besuche seitens des Gauvorstandes, alles noch im tiefsten Schlaf liegt. Von den übrigen kleineren Orten sei nur noch auf Lorch i. Nemsthal hingewiesen, wo in 2 Betrieben etwa 120 Kollegen und Kolleginnen beschäftigt werden. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind ähnliche, wie in Trofingen. Einige der dort beschäftigten Kollegen gehören dem Fabrikarbeiterverband an und ist es auch dem Umstande mit zuzuschreiben, daß bisher alle unsere Versuche an der Gleichgültigkeit der dortigen Kollegenschaft scheiterten. Von den übrigen Orten des Gaues befinden sich noch in der sogenannten Schwarzwalde, und zwar in Schramberg, Schwenningen, Willingen, Oberzoth, Malsch, Muggenturm und Oos in Baden Betriebe, welche teilweise 40 bis 60 Personen beschäftigen. Auch in Württemberg sind noch ein halbes Duzend Städtchen, in denen 20 bis 30 Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden, vorhanden. Hier und da gelingt es, ein oder auch zwei Mitglieder zu gewinnen, welche aber meist schon nach ganz kurzer Zeit gleich Eintagsfliegen wieder spurlos verschwinden.

Ein Umstand jedoch, welcher von nicht zu unterschätzender Bedeutung für unsere Berufsangehörigen im Gau 15 ist, soll hier noch Erwähnung finden. Es ist dies die geradezu verderbliche Konkurrenz, welche sich speziell von Laß und Trofingen aus im ganzen Gau, ja weit über die Grenzen des-

selben hinaus, bemerkbar macht. Mancher Artikel, welcher vor Jahr und Tag noch einen einigermaßen lohnenden Verdienst abwarf, ist durch die Unterbietungen der Laßer und Trofinger Kartonnagenfabrikanten (auch die Fabrikanten in Göppingen und Lorch, sowie die in der Schwarzwalde ansehnlichen sind mitschuldig) so heruntergebracht, daß seine Herstellung in denjenigen Städten, wo mit Hilfe des Buchbinderverbandes im Laufe der letzten Jahre bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse Platz gegriffen haben, geradezu unmöglich geworden ist.

Gerade die vorgeannten Orte mit ihren miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnissen und mit ihrer alles ruinierenden Heimindustrie, bilden eine stete Gefahr für die aufstrebende Arbeiterkraft der Kartonnagenindustrie in den übrigen Zahlstellen des Gaues. Dort muß der Hebel angelegt werden, um eine Gesundung in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der in der süddeutschen Kartonnagenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen herbeizuführen. Mühe und Arbeit und Enttäuschungen werden unserer harren. Doch dürfen wir hier davor nicht zurücktreten. Denn daß bei andauernder und zäher Arbeit etwas zu erreichen ist, das zeigen uns die Orte des sächsischen Erzgebirges, das zeigt uns auch Plauen i. Vogtl., wo es vor circa 15 Jahren bald noch schlimmer aussah als heute im Gau 15.

Darum sollte auch der Verbandsvorstand die baldige Anstellung eines besoldeten Gauleiters mit dem Sitz in Laß ernstlich in Erwägung ziehen. Nicht die Zahl der heute schon vorhandenen Mitglieder, sondern die große Masse der uns noch fernstehenden soll bei der Beurteilung dieser Frage ausschlaggebend sein.

### Bericht vom Gautag des Gaues 4.

Fünf Jahre sind bereits vergangen, daß im Gau 4 eine Konferenz stattgefunden hatte. Deshalb war es jetzt an der Zeit, einen Gautag einzuberufen. Am 17. April kamen nun die Delegierten der Zahlstellen mit dem Gauvorstande zusammen, um mit all den Fragen sich zu beschäftigen, welche zum Wohle der Organisation sowie der gesamten Kollegenschaft gelangen sollen.

Volkman eröffnete mit einer Begrüßung der Delegierten den Gautag. Zum 1. Vorsitzenden wurde Albert-Breslau, zum 2. Vorsitzenden Scholz-Brieg und zum Schriftführer Kunisch gewählt. Vertreten waren die Zahlstellen Breslau mit 7, Brieg mit 2, Görlitz, Glogau, Rattowitz und Rosen mit je einem Delegierten. Von den Einzelmitgliedern war der Vertrauensmann aus Bunzlau anwesend. Der Gauvorstand war vertreten durch die Kollegen Michalsch und Hanke. Nur allein die Zahlstelle Bromberg war nicht vertreten, sie achtete auch gar nicht der Einladung zum Gautag. Albert begrüßte im Namen der Breslauer Zahlstelle alle Delegierten und wünschte den Verhandlungen besten Erfolg.

Volkman erstattete den Gauericht. Er betonte, daß in den letzten Jahren in der Agitation wenig geleistet worden sei, da er aber erst reichlich ein halbes Jahr den Voritz führt, sei ihm die Schuld nicht zuzuschreiben. Er wolle all seine freie Zeit dieser nützbringenden Sache widmen, um den Gau 4 den anderen Gaue gleichzustellen, damit die immerwährenden Vorwürfe vermieden werden. (Siehe Jahresberichte des Verbandsvorstandes.)

In der Diskussion bedauern einige Kollegen, daß der Gauvorstand die Zahlstellen nicht unterstützt, daher dieselben sich selbst überlassen sind; sie berieten aber nicht, daß auch sie einen Teil der Schuld tragen und ebenfalls dem Gauvorstande hilfsbereit zur Seite stehen sollten.

Vorhur berichtet von Breslau, daß hier 354 Mitglieder am Orte vorhanden sind. Dank der Lohnbewegung und des unermüdbaren Arbeitens einiger Kollegen hat sich die Mitgliederzahl beinahe verdoppelt. Die Arbeitszeit ist 9 1/2 Stunden. Der Minimallohn beträgt 21 Mk.

Scholz-Brieg: Trotz der schwierigen Agitation sind es 65 männliche und 5 weibliche Mitglieder, die alle bereit sind, so zu arbeiten, daß die Zahlstelle in kurzer Zeit zu einer der größeren gehören soll. Bei 10stündiger Arbeitszeit stehen die Kollegen im Zeitlohn von 18—24 Mk., einige Ausnahmen verdienen mehr. Kolleginnen bekommen 6—10 Mk.

Scholz-Brieg: In Görlitz sind 27 Organisierte. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, in Druckereibetrieben 9 Stunden. Die Löhne schwanken zwischen 14—28 Mk. Von zwei Firmen werden Ferien gewährt.

Wurms-Glogau: 16 Kollegen und 3 Kolleginnen wollen dafür eintreten, daß die Mitgliederzahl sich vergrößert. Die Arbeitszeit währt 9 Stunden; der Mindestlohn beträgt 18 Mk.

Scholz-Brieg: Die Zahlstelle, welche die jüngste im Gau ist, weist 46 Mitglieder auf. Der Minimallohn ist 20 Mk. bei 10stündiger Arbeitszeit. Stephan-Rosen besagt, daß es dort so langsam vorwärts geht, da Rosenkranz und ähnliche Dinge die Berufsangehörigen mehr in Anspruch nehmen,

als irgend anderswo. Der Minimallohn beträgt 20 Mk., gearbeitet wird 10 Stunden. Mädchen werden an Schneidemaschinen mit Kraftbetrieb beschäftigt und leisten mitunter mehr als mancher Kollege, jedoch nur ganz kurze Zeit, da Krankheit und sogar der Tod sich zu früh einstellen.

Zum 3. Punkte der Tagesordnung referierte Bezirksleiter Würzberger über „Agitation“ und gab er uns Binde, wie wir am besten und sichersten die Indifferenten gewinnen.

Neun Anträge wurden sodann beraten und führten diese zu lebhaften Debatten. Fünf davon wurden angenommen und werden am kommenden Verbandstage vom Delegierten vertreten werden.

Unter „Verschiedenes“ wünscht ein Delegierter den Zusammenschluß der Organisationen des graphischen Gewerbes. Die Beratung darüber, wie die Gaukasse gestärkt werden soll, mußte zurückgestellt werden, da die Delegierten die Meinungen ihrer Wähler in dieser Frage nicht kannten.

Albert schloß sodann mit kernigen Worten den Gautag. Kurze Zeit darauf kamen Bieder und Worte zu Gehör, welche von Rüstlern geboten wurden. Nachdem die Zeit vorgerückt war, verließen die Delegierten den Ort der Tagung mit dem Gedanken, daß es jetzt auch im Gau 15 vorwärts gehen werde mit neuer Hilfe und neuer Kraft.

### Internationales.

**Die Lohnbewegung in Dänemark.** Wie bereits mitgeteilt, haben unsere dänischen Kollegen sowohl in Kopenhagen wie in den Provinzstädten beschlossen, die Tarifverträge zu kündigen. Der Ausschuss des Gesamtverbandes der dänischen Gewerkschaften hat nun in einer Sitzung am 26. März seine Genehmigung zu der Lohnbewegung erteilt. Die Tarifkündigung ist bereits der Buchbinderunion in Kopenhagen, dem Zentralverein der Buchbindermeister in den Provinzen, sowie den Arbeitgeberern zugestellt, die den Tarif durch persönliche Unterschrift anerkannt haben. Damit ist der dänische Buchbinderverband im ganzen Lande in die Lohnbewegung eingetreten. Ob sie friedlich verlaufen wird, läßt sich nicht voraussagen und ist bei der bekannten Kampfeslust des dänischen Unternehmertums mindestens zweifelhaft. Unser Bruderverband trifft bereits ausserordentliche Massnahmen, um für den Fall eines allgemeinen Kampfes in jeder Hinsicht gerüstet dazustehen. Seit Mitte April werden wöchentliche Extrabeiträge erhoben, und zwar 25 Oere von den männlichen und 15 Oere von den weiblichen Mitgliedern. Die Tarifverträge laufen am 1. Juli ab.

### Zum Verbandstage.

Einer der wichtigsten Punkte des kommenden Verbandstages wird wohl die Regelung der Beitragsfrage

sein. In der Einleitung der Diskussion zum Verbandstag wird eine Beitragserhöhung in der 2. und 4. Klasse vorgeschlagen. Die Kollegen, die sich bis jetzt in unserem Organ über die Beitragsfrage geäußert haben, waren alle für die Erhöhung der Beiträge. Ich mache nun eine Ausnahme und wende mich gegen eine solche.

Es vergeht fast kein Verbandstag, an welchem nicht die Beiträge erhöht werden. Da muß man sich doch einmal ernstlich fragen, sind das die Hauptzwecke der Verbandstage? Ich bin der Ansicht, daß wir doch eine große Anzahl Kollegen haben, die sich nicht kurzerhand mit der Beitragserhöhung einverstanden erklären. Spielt doch gerade bei kleineren Gewerkschaften, wie z. B. die unfrieger, die Beitragsfrage eine große Rolle. Wir haben nur wenige große Zahlstellen, die über mehrere hundert oder tausend Mitglieder verfügen. Unsere Kollegen sind bis heute noch zum größten Teil in kleineren Betrieben beschäftigt, was von vornherein schon die Agitation sehr erschwerlich macht. So haben wir in den vielen kleinen Zahlstellen nur wenige Mitglieder, die besser bezahlte Stellungen haben. Die Mehrzahl jedoch arbeitet zu den am Orte üblichen Minimallohnen, die meistens leider auch Maximallohne sind. Wäre es gerade in einer Zeit, da sich alle Ausgaben des täglichen Lebens erhöhen, nicht am Platze, einmal zu warten mit einer Beitragserhöhung? Man wird mir entgegenhalten, die Gewerkschaften werden gerade in dieser Zeit zu höheren Leistungen herangezogen. Gewiß. Man darf aber auch nicht vergessen, daß eine Beitragserhöhung gegenteilig wirken könnte, von dem, was man will. Ich befürchte, daß viele Kollegen aus der 4. in die 3. Beitragsklasse abwandern, desgleichen die Kolleginnen von der 2. in die 1. Klasse. Wäre dann dem Verbandsrat damit gedient? Unsere Angestellten in den großen Zahlstellen schwächen ja für eine Beitragserhöhung. Auch sollen sich die Bevollmächtigten der Zahlstellen bemühen, den Mitgliedern die Beitragserhöhung schmacht zu machen. Das

wird wohl nicht überall so glatt gehen. Gerade in den kleinen Zahlstellen, wo alles aufgeboten werden muß, die Kollegen an den Verband zu fesseln, wird es sehr schwer sein, diese Kollegen für die Beitragserhöhung zu gewinnen. Wohl geht unser Verband Jahren entgegen, in denen viele Tarife ablaufen, die eine gut fundierte Kriegskasse erfordern. Über werden nicht trotz einer Beitragserhöhung immer in Zeiten großen Kampfes Extrasteuern gefordert? In solchen Zeiten werden, wie im Aussperrungsjahr 1906, Extrabeträge viel eher getragen, als immerwährende Erhöhungen der Beiträge. Ich würde vorschlagen, einen

**Pflichtbeitrag für einen Kampffonds** zu erheben, der ausschließlich diesem Zwecke dienen soll, jedoch sollen aus diesen Beträgen nicht nur unsere großen Zahlstellen, sondern auch die Provinzialzahlstellen berücksichtigt werden. Gerade unsere Provinzialzahlstellen haben bei Lohnkämpfen mitunter unter viel schwierigeren Verhältnissen zu rechnen, da die Kollegenschaft in den vielen Kleinbetrieben unzureichend ist, was bei den großen Zahlstellen verhältnismäßig weniger der Fall ist. Bringen doch immer die Provinzialstädte die Gelder für die großen Kämpfe der Tarifstädte auf, und da sollte aber im umgekehrten Falle der Verbandstag auch Wege finden, daß auch bei Lohnbewegungen in der Provinz diese Zahlstellen besser unterstützt würden. Würde dies mehr der Fall sein, dann sind auch die Provinzialkollegen eher für eine Beitragserhöhung zu haben.  
R. Lauer, Karlsruhe.

**Graphischer Industrieverband.**

Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften hat, zu unserer Genugtuung sei es gesagt, einen Umfang angenommen, wie es sich vor einigen Jahrzehnten selbst der kühnste Phantast nicht hätte träumen lassen.

Aber der nur oberflächliche Beobachter wird finden, daß unsere engere Berufsorganisation ein verhältnismäßig sehr bescheidenes Plätzchen in dem großen Rad der Bewegung einnimmt. Wiederholt sind denn auch im Laufe der letzten Jahre Stimmen laut geworden, in nähere Verbindung mit unseren Bruderorganisationen zu treten, um eine Verschmelzung zu einem graphischen Industrieverband herbeizuführen. Insbesondere, wenn man die Zahl der sowohl uns als auch den übrigen graphischen Organisationen noch fernstehenden Arbeitern und Arbeiterinnen ins Auge faßt, wird man zu der Ansicht gelangen, daß es fast unmöglich sein dürfte, diese Arbeiter dauernd für die in Betracht kommenden Organisationen zu gewinnen.

Betrachten wir nur kurz unsere Arbeitgeber. Dieselben haben sich Organisationen geschaffen, mit denen wir, was straffe Organisation einerseits und doch wiederum Bewegungsfreiheit der einzelnen Verwaltungen andererseits anbelangt, mit unseren Arbeiterorganisationen schwerlich konkurrieren können. So schreibt das „Reichsarbeitsblatt“ in einem Artikel über die deutschen Arbeitgeberverbände im August 1909: „Vergleicht man die Form der Arbeitgeber- mit der der Arbeiterorganisationen, so zeigt sich bei ersteren eine weit größere Selbständigkeit der örtlichen und Bezirksverbände als bei letzteren. In gewisser Hinsicht ist freilich die Zentralisation der Arbeitgeberverbände straffer als die der Arbeiterverbände, insofern die beiden Zentralen nicht wie die Gewerkschaftszentralen der verschiedenen Richtungen in scharfem Gegensatz zueinander stehen, vielmehr Hand in Hand gehen und einen Kartellvertrag miteinander abgeschlossen haben.“ Wir sehen hier klipp und klar: größte Zentralisation, größtmögliche Bewegungsfreiheit der einzelnen Vereine bezw. Verwaltungen, ein Hand in Hand gehen, wie es ja gerade gegenwärtig die Bauarbeiterausperrung so treffend illustriert. Fälle von Grenzstreitigkeiten und dergleichen, wie die unerquicklichen Debatten des Hamburger Gewerkschaftskongresses zeigten, finden wir auf den Kongressen der Arbeitgeber überhaupt niemals. Alles ist auf das Große, die Einheitsorganisation zurechtgeschnitten. Noch deutlicher wird uns die Macht der Arbeitgeberverbände durch folgendes vor Augen geführt. In einer Enquete des Reichs Stat. Amtes vom Jahre 1909 berichteten an daselbe 2592 Verbände, denen 159 405 Arbeitgeber angeschlossen sind, die allein 3 647 147 Arbeiter beschäftigen. Hierzu sei bemerkt, daß letztere nur schätzungsweise nach der erhobenen, durchschnittlichen Lohnsumme berechnet sind. Nummerhin glaube ich, daß diese Zahlen genügen dürften, um noch manchen Kollegen zur Einsicht zu bringen, daß eine noch viel engere Verbindung der Arbeits- und Klassengenossen dringende Notwendigkeit ist.

Verschiedene Arbeiterorganisationen sind denn auch dank ihrer Weitsicht und Umschau bereits dazu übergegangen, den größtmöglichsten Zusammenschluß zu vollziehen oder doch zu denselben die Wege zu ebnen. So haben die Maurer und Bauhilfsarbeiter

auf ihren anfangs Februar d. J. in Leipzig stattgefundenen Verbandstagen fast einstimmig der Verschmelzung zugestimmt, welche beide Organisationen vom 1. Januar 1911 ab die zweitstärkste Organisation mit annähernd 800 000 Mitgliedern sein wird. Ebenfalls dürfte sicher sein, daß der Schmiedeverband auf seinem im Mai d. J. in München stattfindenden Verbandstage einer Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband zustimmen wird. Dergleichen dürfte, nachdem bis heute in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie keine Einheitsorganisation zustande gekommen, der im Mai stattfindende Verbandstag der Müller der Verschmelzung mit dem Bäcker- oder mit dem Brauereiarbeiterverband zustimmen, welche beide letztere denn auch den Mühlensarbeitern weitgehendstes Entgegenkommen bezüglich der Uebertrittsbedingungen gestellt haben. Nicht unerwähnt dürfen jedenfalls die Bestrebungen einer Verschmelzung der Transportarbeiter, Seeleute und Hafenarbeiter bleiben, die bereits auf ihrer Einigungskonferenz der Verschmelzung zugestimmt und die auch auf ihren im Mai stattfindenden Verbandstagen perfekt werden wird. In einem sehr instruktiven Artikel zwecks Zusammenschluß der drei letztgenannten Verbände schrieb deshalb auch vor einiger Zeit der Genosse Paul Müller-Hamburg in den „Soz. Monatsheften“:

„Wer mit klarem Blick für die gegebene Situation, hinreichendem Verständnis für die Aufgaben unserer Gewerkschaftsbewegung und objektivem Urteil über deren Möglichkeiten an die Erörterung dieser Frage (Industrieverbände) herantritt, wird zu der Erkenntnis kommen müssen, daß die Frage, ob gewerkschaftliche Industrieverbände oder nicht, für die Zukunft nicht mehr von dem Willen und der Entscheidung der Gewerkschaftsmitglieder abhängen wird, sondern daß die Antwort auf diese aus agitatorischen, organisatorischen, finanziellen und tatsächlichen Rücksichten so bedeutungsvolle Frage einfach von der fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung in der Produktion und Distribution, von der Konzentration der Betriebe und einzelner Industriegruppen und vornehmlich von den riesig anschwellenden Unternehmerorganisationen diktiert wird.“

Welche Fülle nackter Tatsachen in diesen Worten liegt, wird jedem einleuchten. Ich erwähne nur die damit verbundene Aktionsfähigkeit und speziell die Organisationsfähigkeit. In jeder Nummer unserer Zeitung als auch der der übrigen graphischen Zeitschriften können wir lesen, daß nicht bloß in der Provinz, sondern selbst in der Großstadt diese oder jene Kollegen irgendeiner Firma nicht für die Organisation zu gewinnen sind. Es trifft dies für die Druckerei, Kunstanstalt, Zugspapierwarenfabrik der Großstadt genau so zu als für die Provinz, wo neben 3-4 Buchdruckern oder je nachdem 1 oder 2 Buchbinder stehen. Ohne Zweifel würden in kurzer Zeit speziell diese Klagen bedeutend verschwinden. Nicht zuletzt dürfte aber auch die Verwaltung und speziell die Finanzabteilung eine bessere sein als bisher. Erheben doch auch gegenwärtig die Steindrucker wiederum einen Extrabestand von 10,40 M. pro Mitglied zu einem Widerstandsfonds von 200 000 M. Daß derartige, immer wiederkehrende Extrabeträge ebensowenig für eine Sache begeistern als den Idealismus fördern, wissen wir nur zu gut. Wir wollen nun wünschen, daß der diesjährige Verbandstag es nicht allein bei dem Wunsche, der Sache näher zu treten, beläßt, sondern daß einmal die Frage auch ernstlich angeknüpft wird. Verlassen wir uns nicht darauf, indem wir glauben, es kommt schon, es ist noch nicht der Zeitpunkt, es wäre verfrüht. Soweit die Stimmen vernnehmbar, sollen auch die Lithographen und Steindrucker nicht abgeneigt sein, das gleiche kann von den graphischen Hilfsarbeitern gesagt werden. Daß vorderhand bei den Buchdruckern für eine derartige Propagierung wenig Sinn vorhanden, ist bekannt und erklärlich. Daß die praktische Durchführung eines derartigen Beschlusses auf erhebliche technische Schwierigkeiten stößt, ist sicher. Hat doch die schon genannte Verschmelzung der Maurer und Bauhilfsarbeiter erfordert, nicht weniger als 12 Beitragsklassen (1. Klasse 35 Pf., jede weitere steigend um 5 Pf. bis 90 Pf.) einzuführen. Daß es nicht viel anders bei uns abgehen dürfte, wird jedem klar sein, der die verschiedenartigen Verhältnisse kennt. Ebenso müßte natürlich Zentralverwaltung als auch Ortsverwaltung größtmöglichst auf Grund des paritätischen und demokratischen Prinzips zusammengesetzt sein.

Wünschen wir, daß unsere Delegierten zum diesjährigen Verbandstage nicht nur besetzt sind von dem hohen Gedankens, sondern möge ihnen die Anregung wie so manche andere im Laufe der Jahre gefallene als Richtschnur dienen. Lassen wir es nicht an uns fehlen. Mögen sie den Boden vorbereiten zu unserer Zukunftsorganisation, dem „Graphischen Industrieverband“, die Kollegenschaft, nein, das ganze Klassenbewußte Proletariat wird ihnen dafür dankbar sein!

M ü n c h e n.

R. Brunner.

**Korrespondenzen.**

**Deutschland.** Gesperrt ist: **Blauen i. B.** und in **Dreslau** die Firmen **Gebauer, Fiebig und Schröter**. Zugang ist fernzuhalten von **Hütthum** bei **Emmerich** (Sa.: **Kohmen**).

**Schweiz:** Ueber die Firma **A. H. Heine, Stickeriegeschäft** in **Arbon**, ist die **Sperre verhängt**. Die **Kollegenschaft** in **Vernstet** in **Lohnbewegung**. Zugang ist fernzuhalten.

**Oesterreich:** Das **Personal der Firma V. S. Keller** in **Wien VI** steht im **Streik**. Zugang ist fernzuhalten.

**Kroatien:** Die Firma **St. Kugli** in **Agram** ist **gesperrt**.

Die Firma **„Papier-Boh“** in **Hannover** hat ihrem gesamten **Buchbinder- und Liniierpersonal** gekündigt. Zugang ist **darum von Hannover fernzuhalten**.

**Magdeburg.** Zwischen der Firma **Häppler** u. **Wälder** in **Magdeburg** und den Verbänden der **Sattler und Portefeicll** und **Buchbinder** ist am 12. April ein **Tarifvertrag** abgeschlossen worden. Die **Arbeitszeit** ist darin auf **9 Stunden** für die ersten 5 Tage der Woche, auf **8 Stunden** für den Samstag festgesetzt. Eine **Kürzung** der **seit her gezahlten Wochenlöhne** darf durch die **Verkürzung** der **Arbeitszeit** nicht eintreten. **Entlassungen** wegen **Mangel** an **Arbeit** dürfen erst dann stattfinden, wenn die **Arbeitszeit** auf **täglich 7 Stunden** reduziert worden ist. **Angeworbene Arbeiter** erhalten einen **Mindestlohn** von **42 Pf.**, **geübte** einen solchen von **52 Pf. pro Stunde**. **Neueingestellte** müssen erst **acht Tage** im **Zeitlohn** arbeiten, ehe sie im **Afford** beschäftigt werden dürfen. **Affordarbeiter**, die im **Zeitlohn** beschäftigt werden, erhalten den **Durchschnittslohn** der **letzten 6 Affordwochen**. **Alle Lohnarbeiter**, welche durch diesen **Tarif** eine **Lohnaufbesserung** nicht erhalten, erhalten eine **Zulage** von **5 Proz.** des **seit herigen Verdienstes**. Für **drei Ueberstunden pro Tag** werden **25 Proz.**, für **weitere 3 1/2 Proz.** **Zuschlag** gezahlt. **Arbeitskräfte** sind **von den Nachweisen** der **Arbeiterverbände** zu beziehen. Dies die **wesentlichsten Punkte** des **Tarifes**, der **bis zum 20. April 1912 Geltung** hat.

**Dresden.** Im **Anschluß** an eine von der **Buchbinderinnung** einberufene **Innungsgesellenversammlung** am 16. April, welche die **Erfassungen** zum **Gesellenausschuß** vorzunehmen hatte, **veranstaltete** unsere **Zahlstelle** eine **Verammlung** aller bei **Innungsmeistern** und in **Druckereien** beschäftigten **Gehilfen** und **Arbeiterinnen**. Die **Tagesordnung** lautete: **„Ist eine Aufbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse wünschenswert?“** Mit **Absicht** hatten wir diesen **Abend** gewählt, **hofften** wir **doch**, daß in der **Innungsgesellenversammlung** eine **Anzahl** jener **sagenhaften Gesellschäfte**, welche die **Innungsstuben** bevölkern, **erscheinen** würde. **Aber** unsere **Hoffnung** war **vergebens**, **fehlten** **doch** **selbst** ein **ganzes** **Teil** unserer **organisierten** **Kollegen**. **Erst** die **Kollegen** der **Druckerbranche** **füllten** den **Saal**. **Leider** waren **auch** nur **wenige** **Kolleginnen** **anwesend**. **Kohl** **hielt** **das** **Referat**.

**Immer** und **immer** wieder **find** die **unwürdigen** **Lohn- und Arbeitsverhältnisse** in der **Haupt- und Residenzstadt** **Dresden** **Gegenstand** der **Debatte** in unseren **Versammlungen**. Eine **Vertrauenspersonenversammlung** der **beiden** in **Betracht** **kommender** **Branchen** **hielt** **einmütig** die **Zeit** für **gekommen**, **und** **wieder** **einmal** **bei** der **Innung** **anzuklopfen**. **Seit** dem **Streik** von **1904**, **welcher** **uns** **einen** **Minimallohn** von **21 M.** **brachte**, **ist** **erst** **einmal** **im** **Jahre** **1906** **der** **Versuch** **gemacht** **worden**, **durch** **ein** **Mundschreiben** **an** die **Prinzipale** **einige** **Verbesserungen** **zu** **erlangen**. **Der** **Erfolg** **war** **ein** **negativer**, **nur** **2** **oder** **3** **Firmen** **machten** **keine** **Zugeständnisse**. **Wenn** **wir** **nun** **im** **Herbst** **in** **eine** **Bewegung** **eintreten** **sollten**, **müßten** **wir** **ganz** **entschieden** **versuchen**, die **Innung** **zu** **veranlassen**, **neben** **dem** **Gesellenausschuß** **eine** **Kommission** **aus** **der** **Druckereibranche** **zu** **den** **Verhandlungen** **hinzuzuziehen**. **Ganz** **besonders** **des** **halb**, **weil** **schon** **1904** **die** **Besitzer** **der** **Buchdruckereien** **sich** **dem** **Vorgehen** **der** **Innung** **anschlossen** **und** **sich** **weigern**, **höhere** **Löhne** **zu** **bewilligen**, **so** **lange** **die** **Innungsmeister** **nicht** **mehr** **zahlen**. **In** **der** **Debatte** **knüpfte** **Kollege** **Schubert** **an** **den** **Ausspruch** **des** **Obermeisters** **dem** **Gesellenausschuß** **gegenüber** **an**: **„Was** **wollen** **Sie**, **Sie** **haben** **ja** **Ihre** **Leute** **gar** **nicht** **hinter** **sich!**“ **Eine** **umfassende** **Agitation** **muß** **einsetzen**, **jeber** **muß** **mit** **Hand** **anlegen**.

Die **weitere** **Diskussion** **fördert** **eine** **Wenige** **unglaublich** **krasser** **Zustände** **aus** **den** **Innungsstuben** **zutage**. **Arbeiten** **doch** **noch** **eine** **ganze** **Menge** **Kollegen** **unter** **unserm** **so** **lächerlich** **geringen** **Minimallohn**, **welchen** **die** **Innungsfrater** **als** **Maximallohn** **betrachten**. **Die** **Lehrlingsausbeutung** **feiert**

Orgien. Die bereits im letzten Herbst in Angriff genommene Statistik wird den Kollegen ein Bild bieten, welches selbst die eingefleischtesten Pessimisten nicht für möglich halten werden. Nachdem sich noch eine große Reihe von Kollegen dahin ausgesprochen hat, daß unbedingt in diesem Herbst ein Vorgehen erfolgen müsse, gelangt folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die am 16. April im Bürger-Kasino tagende Versammlung der bei Innungsmeistern und in Buchdruckereien Beschäftigten ist nach reichlicher Aussprache zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Aufbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die Versammlung beauftragt eine Kommission mit den Vorarbeiten einer im Herbst einzuleitenden Lohnbewegung.“

In die besagte Kommission werden, ebenfalls einstimmig, die Branchenleitungen der Buchbinder- und Druckereibranche und Kollege Kohl gewählt.

Kollegen und Kolleginnen! Ihr habt entschieden! An Euch ist es, die Zeit bis zum Herbst in vollstem Maße auszunützen. Es genügt nicht, daß Ihr Eure Beiträge bezahlt oder in Versammlungen ein paar Töne riskiert. Es gilt, sich der Kleinarbeit zu widmen. Die Kommission kann die Bewegung nicht machen, aus den Kreisen der Mitglieder muß sie herbeigeführt werden. Hausagitation und Werkstubebesprechungen fordern die Mitarbeit aller, wenn sie erfolgreich sein sollen.

**Chemnitz.** Eine öffentliche Versammlung aller im Verufe beschäftigten Kolleginnen und Kollegen tagte am 19. April. Pfüße referierte über: „Die Erfolge der Kollegschaft in Plauen, Limbach und Umgebung.“ Zunächst gedachte der Referent der früheren und jetzigen Zustände in genannten Orten, schilderte den Verlauf und die Einzelheiten des Streiks in Plauen sowie die Bewegung in Limbach und bedauerte, daß man in Chemnitz infolge der großen Zahl unserer indifferenten Kollegschaft noch nicht zum Abschluß eines Tarifs gekommen sei. Seine Mahnung verhallte nicht unberachtet, einige Ausnahmen waren zu verzeichnen. Sodann verkehrte sich Pfüße entschieden gegen die unwahren Angaben des früheren Kartonnagenfabrikanten Stiehl, welche derselbe bei einer Schöffengerichtsverhandlung gegen den Kollegen Krause unter Eid aussagte. Herr Stiehl hatte dort behauptet, mit unserem Gauleiter gesprochen zu haben und von diesem sei Krause als Aufwiegler bezeichnet worden. Eine Unterredung zwischen Herrn Stiehl und Pfüße hat jedoch nicht als statigefunden. Eine rege Diskussion ließ die Kollegschaft erkennen, mit welchem Ehrenmann man es in der Person des Herrn Stiehl zu tun hatte.

**Burgstädt.** Nicht unliebsame Verhältnisse hatten sich in letzter Zeit hier eingestellt, die in persönlichen Fäulnissen ihre Ursache hatten. Wie überall, wo Streit entsteht, hatten sich auch hier zwei Parteien gebildet, die nun nichts Besseres zu tun wußten, als sich gegenseitig das Leben zu verbittern, anstatt die so sehr notwendige Eintracht zu pflegen. Dieser Zustand führte zur Amtsniederlegung des Gesamtvorstandes am 2. April und zu der bedauerlichen Erscheinung, daß der bisherige Vorsitzende es nicht für nötig hielt, dem Gauvorstand Mitteilung von der Niederlegung der Aemter zu machen. Erst von anderer Seite und von einer Kollegin darauf aufmerksam gemacht, daß der Verwaltungsausschuss nicht funktioniere, war es dem Gauvorstand möglich, sich Gewißheit zu verschaffen. Durch ein solches Verhalten des bisherigen Vorsitzenden und des Vorstandes war der Bestand der Zahlstelle in sehr hohem Maße gefährdet, und konnten leicht die jahrelangen gemeinsamen Bemühungen mit einem Schläge wieder vernichtet werden. Die seitherigen leitenden Personen haben sich in ihrem Mißmut — ohne zwingenden Grund — zu einer Handlung hinreißend lassen, die sich überzeugte Kollegen nicht zuschulden kommen lassen sollten, sie gaben ein Beispiel, wie es nicht gemacht werden darf. Ein schnelles Eingreifen war da bündig und so berief der Gauvorstand für den 21. April eine außerordentliche Generalversammlung ein, an der die Kollegen Eick und Pfüße vom Gauvorstand teilnahmen und die erfreulich-weise einen guten Besuch zu verzeichnen hatte. 10 Kollegen und 5 Kolleginnen waren der Einladung gefolgt, die der Meinung zustimmten, daß es nun endlich aufhören müsse, sich gegenseitig zu beschaden, sondern daß für alle die Aufgabe bestände, höhere, bessere Ziele zu verfolgen. Die Vorstandswahl ging glatt vonstatten und wurden gewählt die Kollegen Reichel zum 1. Vorsitzenden, Paul Solbrig zum 2. Vorsitzenden, Wlzig zum Kassierer, Varsch zum Schriftführer, Freitische zum Hausfasserer, Kollegin Schmidt für die Bibliothek, und als Revisoren Schreier und Kollegin Schmidt. Der neugewählte Vorstand ist so zusammengesetzt, daß beide Parteien im Vorstand vertreten sind. Wir wollen wünschen, daß von beiden Seiten weise Zurückhaltung geübt

wird, dann dürfte der neugewählte Vorstand — mit Lust und Liebe ausgerüstet — seine Arbeiten zur Zufriedenheit aller erledigen können und in kurzer Zeit dürften die geschlagenen Wunden vernarbt sein.

**Bielefeld.** Der Besuch der Generalversammlung vom 23. April war auch diesmal ein sehr schlechter. Die Ortsverwaltung hatte sich zu Anfang des Quartals veranlaßt gesehen, die Versammlungen alle drei Wochen stattfinden zu lassen, um dadurch einen besseren Besuch zu erzielen. Aber gerade das Gegenteil war die Folge. Der Mitgliederbestand war nach dem Geschäftsbericht 115 männliche (im Vorjahr 121) und 42 weibliche. An Sitzungen und Versammlungen fanden statt: 5 Vorstand- und 1 Vertrauensmännerführung, 3 Mitglieder-, 2 Werkstube- und 1 Generalversammlung. Wie groß die Inaktosität ist, sieht man auch daran, daß nur 28 Kl. an Extrasteuern eingingen. Der Kassenbericht zeigt für die Hauptkasse eine Einnahme von 917,05 Mk., eine Ausgabe von 252,06 Mk.; eingesandt wurden 664,99 Mk. Die Lokalkasse hatte an Einnahme 472,71 Mk., an Ausgabe 224,62 Mk., an Bestand 248,69 Mk. Bemerkenswert ist noch die Erhöhung des Lokalbeitrages von 5 auf 10 Pf., worüber eine Urabstimmung stattfand. Offen wir, daß am Schluß des neuen Quartals an dieser Stelle ein besseres Bild unserer Zahlstelle entworfen werden kann.

**Hannover.** Die Generalversammlung vom 23. April konnte in der Berichterstattung des Vorstandes über das 1. Quartal d. J. eine erfreuliche Weiterentwicklung der hiesigen Zahlstelle erkennen. Zu schönen Hoffnungen berechtigt die Arbeitslust des Vorstandes unter Leitung unseres Beamten und wenn auch die Mitarbeit der Mitglieder sich mehr leicht angeht, der in diesem Jahr bevorstehenden Lohnbewegung, so werden wir bald berichten können, daß unsere Mitgliederzahl, die jetzt 800 überschritten, sich verdoppelt hat. Sind auch die Organisationsverhältnisse in den Großbetrieben leidlich gute zu nennen, so stehen in den kleineren und namentlich in den Kartonnagenbetrieben noch eine Masse Verursachter, die herangesholt werden müssen und auch geholt werden. Aus dem Etat, der mit rund 13 000 Mk. abschloß, läßt sich vor allen Dingen mit aufrichtiger Freude feststellen, daß unsere Invalidenkasse hier guten Boden gefunden und kräftige, unaussrottbare Wurzeln geschlagen hat, indem im letzten Quartal 2607 Marken umgesetzt wurden. Diese Tatsache soll vor allem denjenigen vor Augen gehalten werden, die der Invalidenkasse keine Lebenswärme gönnen und sogar deren Beseitigung vom Verbandstag fordern. Wenn die Invalidenkasse sich noch nicht in übrigen Verbänden besser entwickelt hat, so dürfte wohl in den meisten Fällen die Schuld an den leitenden Personen liegen, die absolut keine Propaganda für die Kasse machen, wie dies verschiedene Berichte in der „Buchbinder-Zeitung“ erkennen lassen. Aus dem Ertrag der Extrasteuern konnten der Verbandskasse 285 Mk. zugeführt werden. Auch war es uns möglich, unsere letzte Beitragsrate zum neuen Gewerkschaftshaus abzugeben.

Der Bericht vom Arbeitsnachweis gestaltete ebenfalls einen hoffnungsvollen Bild in die Zukunft, weil die Arbeitslosigkeit sich derzeit gehoben hat, daß wir von 35 gemeldeten Stellen nur 25 besetzen konnten. Als äußerst wichtiges Ereignis konnte vom Vorstand der Versammlung die am 19. April d. J. in einer von den Vorständen der Buchdrucker, Lithographen und Steindruck und dem Hilfsarbeiterverband zahlreich delegierten Sitzung vollzogene Gründung eines graphischen Kartells für Hannover mitgeteilt werden. Wenn nun auch der Himmel noch nicht voller Weigen hängt, so darf doch gesagt werden, daß für die Zukunft eine Instanz geschaffen ist, die an der Regelung von Fragen, die die Gesamtinteressen der hiesigen graphischen Gruppen betreffen, das eine ideale Ziel hat, Einstimmigkeit und Einigkeit herbeizuführen und den Unternehmern die Möglichkeit nehmen soll, eine Gruppe auf Kosten der anderen im Betriebe Beschäftigten abzuschließen zu können.

Möge den hiesigen graphischen Arbeitern und Arbeiterinnen zu dieser wertvollen Waffe bald ein Siegesfriede stehen in Gestalt einer alle im Verufe Beschäftigten umfassenden Organisation.

**Barmen.** Ueber: „Die Entwicklung der Kartonnagenindustrie und wie ist die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter in dieser Branche zu verbessern?“ sprach am Sonntag, den 24. April, in einer öffentlichen Versammlung der Kartonnagen- und Mustertartenarbeiter und Arbeiterinnen, die leider von den Branchenangehörigen nicht gut besucht war, Kollege Groenhoff-Eberfeld. Da die „Buchbinder-Zeitung“ dieses Thema in ausgiebigster Weise und wiederholt behandelt hat, so erübrigt sich an dieser Stelle eine Wiedergabe der mit Interesse entgegengenommenen Ausführungen. Redner ging dann auch speziell

auf die Barmen Verhältnisse ein und wies er darauf hin, daß es leider bisher nicht möglich war, durch statistische Aufnahmen ein genaues Bild von der großen Zahl der eigentlichen Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen zu bekommen. Jedenfalls steht aber fest, daß 700—1000 Branchenangehörige wohl vorhanden sein mögen. Er schilderte dann die Lage dieser Berufsgruppe, wies auf die Schäden der Hausindustrie und auf die Folgen hin, welche das Zuhause- und nach Feierabendstundenzeitigen. Von allen Arbeiterschichten Barmens ist die Kartonnagenbranche eine der am niedrigsten stehenden Arbeitsgruppen. Eine Besserung in der Kartonnagenbranche ist nur von unten herauf, durch die Arbeiter selbst, möglich. Wohl gibt es auch einzelne einsichtige Fabrikanten, die erkannt haben, daß das Altschmelzmittel nicht in möglichst niedrigen Löhnen besteht, daß diese im Gegenteil die größte Förderung der Schmelzkonzurrenz bedeutet. Aber in den Unternehmerverbänden haben die Schmarotzer die Oberhand. Leicht kann es auch in dieser Branche einmal zu einer allgemeinen Auspeicherung kommen. Wie werden dann die Barmen Kollegen dastehen, welche sich der Organisations- und Beitragspflicht noch entziehen und dabei ganz sorglos erklären: „Wenns mal zum Streik kommt, tun wir auch mit.“ Der Anschluß an den Deutschen Buchbinderverband ist das einzig wirksame Mittel, um bessere Zustände herbeizuführen. Der Referent gab dann einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Verbandes und seiner Unterstützungsrichtungen und widerlegte an der Hand von einwandfreien Zahlen den in Barmen so oft gehörten Vorwurf, der Verband leiste nichts. Auch wurde darauf hingewiesen, daß die Buchbinderbranche, weil sie besser organisiert ist, in einer großen Anzahl von Städten tarifliche Bedingungen erkämpften, während die Kartonnagen leer ausgehen mußten. Im nächsten Jahre läuft auch der Tarif in Elberfeld-Barmen ab. Wenn die Kartonnagenarbeiter nicht besser antreten, werden sie wiederum das Nachsehen haben. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß das gehörte Referat auch insofern beherzigt werden möchte, indem die Lehren aus demselben auf diejenigen, denen es eigentlich angeht, weiter verbreitet werde, schloß der Referent seinen Vortrag.

In der Diskussion sprach der Vorsitzende vom Christlichen Verband, Herr Hornbach-Köln, der „zufällig auf der Durchreise“ begriffen war. Er erklärte sich im Allgemeinen mit dem Referat einverstanden und suchte dann Propaganda für sein Verbändchen zu machen. Verschiedene Kollegen traten ihm entgegen, was Herrn Hornbach zu weiteren scharferen Erwidierungen Anlaß gab. In seinem Schlusswort nahm Kollege Groenhoff dann auch Gelegenheit, die wahre Natur der sogenannten christlichen Gewerkschaften ins rechte Licht zu rücken und ihre Tätigkeit als Zersplitterungsversuche zu bezeichnen. Auch zeigte er an dem Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer, der Behrens, Giesberts usw., daß denen die Arbeiterinteressen Neben- und die Parteiinteressen der betreffenden kapitalistischen Parteien, vor allem des Zentrums, die Hauptsache ist. Nicht die christliche Weltanschauung ist es, welche von den Führern immer als Trennungsgrund vorgehoben wird, sondern die reinen kapitalistischen Parteiinteressen, um dessentwillen man die Arbeiter uneinig macht.

Die Versammlung zeigte durch starken Beifall, daß sie für solche gewerkschaftlichen Zersplitterungsversuche nicht zu haben war. Dann schloß der Vorsitzende die Versammlung, welche uns noch einige Neuaufnahmen brachte.

**Salzstadt.** Unsere Zahlstelle hielt am 23. April ihre vierteljährliche Generalversammlung ab, welche befriedigend besucht war. Der Vorsitzende wies einleitend darauf hin, daß sich der Vorstand infolge des schlechten Versammlungsbefuchs in letzter Zeit veranlaßt gesehen habe, einige Versammlungen ausfallen zu lassen. Er stellte es aber den Mitgliedern anheim, zu dieser Maßnahme Stellung zu nehmen. Weiter teilte er mit, daß wir am 1. Januar eine ganze Anzahl wichtiger Mitglieder an den Fabrikarbeiterverband abtreten mußten. Diesen Verlust hoffen wir bald wieder weilt zu machen. Aus dem Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen: Einnahme der Lokalkasse 22,72 Mk., Ausgabe 17,64 Mk., Gesamtbestand 40,37 Mk. Verbandskasse: Einnahme 115,10 Mk., Ausgabe 99,68 Mk. Uebergetreten sind 9 weibliche Mitglieder, ausgeschieden 3 weibliche und 1 männliches Mitglied. Bestand 18. Die Berichte von den letzten Kartellführungen erstatteten Schmidt und König. Aus denselben geht hervor, daß mit dem 1. Oktober d. J. für Salzstadt ein gemischtes Partei- und Arbeitsekretariat in Kraft treten wird, von welchem auch wir uns einige Unterstützung versprechen. Ferner wurde auf einen Ueberstand hingewiesen, wonach durchreisende Gewerkschaftsmitglieder, darunter auch unsere Kollegen, es vorziehen, statt im Gewerkschaftshaus, in der

Serberge zur Heimat zu logieren. Das Verhalten der betreffenden Kollegen wurde scharf gemißbilligt. Von 15 am Orte beschäftigten Buchbinderlehrlingen gehören bis jetzt 6 der Jugendorganisation an. Eine Unregung, die Verbands-Jubiläumfeier mit den Osterwieder und Quedlinburger Kollegen gemeinschaftlich zu feiern, wurde verworfen, dafür im Laufe des Sommers eine Zusammenkunft in Aussicht genommen.

Bei Besprechung über den bevorstehenden Verbandstag kam es zu lebhaften Erörterungen. Hierbei wurde hervorgehoben, daß die Ausführungen des Kollegen Fette-Stuttgart für uns sehr beachtenswert seien. Dieser habe die Verhältnisse in den kleinen Zahlstellen sehr richtig gekennzeichnet. Wenn man auch anerkennen müsse, daß die mündliche Agitation die beste sei, so bedürfe es doch von außen her öfter einer Anregung und hier müsse bei uns mehr geschehen. Hoffsichtlich befaßte sich der Verbandstag einmal ernstlich mit dieser Frage. Bedauerlicherweise seien die Beschlüsse des Gautages nicht innewegungen worden. Die Einberufung der Gaultagkonferenz sei unterblieben, auch lasse die in Magdeburg zu wählende Arbeitsnachweis-Kommission nichts von sich hören, trotzdem fast ein halbes Jahr ins Land gegangen sei. Die Hoffnung auf den Bezirksleiter in Hannover habe sich auch als trügerisch erwiesen. Kornacker sei gar nicht in der Lage, den Gau 5 mit zu bereisen. Der Vorstand wurde beauftragt, die Gauleitung zu befragen, warum die Beschlüsse nicht ausgeführt werden. Ein Antrag Buhlhardt, die Versammlungen künftig vierteljährlich stattfinden zu lassen, soll in der nächsten Versammlung beraten werden. Der Vorsitzende spricht die Hoffnung aus, daß es zu einem derartigen Beschluß nicht kommen werde. Es liege nur am dem Interesse der Mitglieder, daß die Versammlungen nach wie vor monatlich stattfinden können.

Berlin. Begünstigt vom herrlichsten Wetter waren weit über 4000 Kolleginnen und Kollegen im Lokal „Samsouci“ versammelt, um den Weltfeiertag würdig zu begehen. Die Kollegen Kloth und Brüdner als Referenten über das Thema: „Der 1. Mai und seine Bedeutung“ entledigten sich ihrer Aufgabe in bester Weise. Der Gesangsverein „Liberte“ trug durch ein paar prächtige Gesangstüde wesentlich zur Verschönerung der Feier bei. Die zum Schluß verlesene Resolution fand einstimmige Annahme.

Frankfurt a. M. Das erste Quartal ist hier erfreulicherweise günstiger verlaufen als das Jahr 1909 in seiner Gesamtheit; schwankte die Zahl der Arbeitslosen im Vorjahre zwischen 6—15, so betrug die Höchstzahl im 1. Quartal nur 5. Der Geschäftsgang hatte bereits seit dem Monat Dezember eine merkbare Besserung erfahren. Im Quartal fanden 3 Mitglieder- und 1 Generalversammlung statt. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 6 Sitzungen. Um den Mitgliederbestand zu heben, fanden rege Hausagitationen, 1 Vertrauensmännerführung und 3 öffentliche Versammlungen statt. Infolgedessen stieg die Mitgliederzahl auf 178 männliche und 36 weibliche. Das ist ein Mehr von 18 Mitgliedern gegenüber dem 4. Quartal vorigen Jahres. Dem Kassenericht ist folgendes zu entnehmen: Verbandskasse: Einnahme 1410,64 M., Ausgabe 1402,57 M., davon eingekandt an die Hauptkasse 960 M., Lokalkasse: Einnahme 919,16 M., Ausgabe 843,36 M. Im Arbeitsnachweis meldeten sich 55 Mitglieder, davon 30 männliche, 1 weibliche am Ort, 24 auf der Reise. Offene Stellen wurden gemeldet am Ort 37, nach auswärts 6, besetzt wurden 23 am Ort und 4 nach auswärts. Als Revisor für das nächste Halbjahr wurde Werter, als Beisitzer Drllhoff gewählt. Kollegen und Kolleginnen! Raftet nicht! Tue jeder seine Pflicht und arbeite an der planmäßigen Agitation in diesem Quartal mit, damit wir noch stärker werden und der Gegner mit uns zu rechnen hat, wenn wir endlich an eine Besserung unserer Lage herantreten wollen. Es tut not!

Rundschau.

Aus dem Betriebe der Buchbinderei von E. A. Enders in Leipzig. Daß der Werkführer Mödel, der in der Buchbinderei von E. A. Enders das Kommando führt, ein sehr angenehmer Herr ist, ist durch Zeitungsnachrichten bereits in weiten Arbeiterkreisen bekannt geworden. Am 23. April lernten wir den Herrn vor Gericht kennen. Er hatte nämlich den Redakteur der „Buchbinder-Zeitung“, Karl Michaelis in Berlin, vor den Nadi zitiert, weil dieser ihn durch eine Notiz beleidigt haben soll. Mödel, dessen Werkmeisterallüren nur zu bekannt sind, war es gebührend angekreidet worden, daß er, ein haunmlanger Mensch, einen schwächlichen Lehrling brutal geprügelt habe. Der Lehrling ist nach der „Züchtigung“ für kurze Zeit besinnungslos gewesen und hieraus wurde geschlossen, daß der Leh-

ling durch die Mißhandlungen des Mödel die Besinnung verloren habe. Die Verhandlung brachte für diese Behauptung jedoch nicht den schließlichen Beweis. Es wurde festgestellt, daß der Lehrling, nachdem er vom Werkführer geprügelt worden war, vor diesem stöh und in seiner Angst mit dem Unterleib gegen eine Tafel rannte, und daß hierauf wahrscheinlich die Besinnungslosigkeit zurückzuführen ist. Der Zustand des Knaben hat den Mödel jedoch nicht abgehalten, ihm noch einige Schläge zu versetzen. Alsdann faßte er ihn unter den Armen und führte ihn aus dem Saal hinaus. Ein früher als Arbeitsbursche im Endersschen Betriebe tätig gewesener junger Mann erklärte, daß Mödel ihn häufig geschlagen, ja ihn sogar einmal die Wendeltreppe hinuntergeworfen habe. Er habe dadurch öfters Anfälle gehabt, so daß er ins Krankenhaus mußte. Eine Arbeiterin teilte mit, daß ihr Mödel einmal eine Strafarbeit zugewiesen habe, in der sie nicht geübt war und bei der sie daher nichts verdienen konnte. (NB. Vor dem Gewerbegericht mußte Mödel der Arbeiterin Lohnentschädigung zahlen.)

Rechtsanwalt Dr. Schiller, der Beistand des Mödel, geterte über die „Buchbinder-Zeitung“, die von der Agitation lebe und f o n s t a n t l i c h e. Auch über unseren Leipziger Bevollmächtigten Zinke regte er sich auf; Zinke stellte sich vor die Fabrikanten und fragte die Arbeiter aus. Herr Schiller forderte nicht mehr und nicht weniger als eine „exemplarische“ Strafe. Rechtsanwalt Dr. Gübler konstatierte mitleidig, daß sein Herr Kollege eine ganz merkwürdige Ansicht über einen Gewerkschaftsvertrauensmann habe und daß solche Ansichten nicht einmal in den kindlichsten Flugblättern des Reichsverbandes anzutreffen seien. Außerdem aber kennzeichnete er Herrn Schillers Erwartungen als eine bewußte unsachliche Stimmungsmache. Das Urteil gegen den Kollegen Michaelis lautete auf fünfzig Mark Geldstrafe oder zehn Tage Gefängnis.

Im Anschluß hieran hatte sich Mödel als Angeklagter zu verantworten. Im Dezember v. J. geriet im E. A. Endersschen Betrieb ein Buchbindergehilfe mit einer Hand in eine Maschine und zog sich dadurch so schlimme Verletzungen zu, daß ihm schlecht wurde. Man mußte erst zweimal an Mödel telefonieren, ehe er sich bequemte, zu erscheinen. Er schnauzte den Verunglückten an: „Sie Stiesel, kommen Sie raus, wenn Sie verbunden sein wollen!“ Der Verunglückte, der in einer nahe gelegenen Apotheke Hilfe fand, nahm sich nun den Mödel beim Schop; dieser machte zunächst die fade Ausrede, er habe nicht gesagt: Sie Stiesel, sondern: Sie wissen! Aber zwei Buchbindergehilfen bezeugten auf das bestimmteste, daß Mödel gesagt hatte: Sie Stiesel! Sie stellen auch noch ferner fest, daß Mödel etwa eine halbe Stunde nach dem Unfall, als er von den Gehilfen zur Rede gestellt wurde, gesagt hat: Wegen so einem lappigen Buchbinder komme ich nicht runter. Mödel faß sich nun doch genötigt, klein beizugeben und mit Bedauern seine Schimpferei zurückzunehmen und die Kosten zu tragen. Ueber den Geschmach der Firma, der ein Werkführer von den Qualitäten des Mödel gerade gefällt, läßt sich nicht streiten. Uns scheint aber, daß die Arbeiter diesem Menschen gegenüber viel zu langmütig sind.

Weiter hatte sich das Schöffengericht in Leipzig noch am 27. April mit der Firma E. A. Enders und deren Beamten zu befassen. Der Prokurist der Firma, Herr Kloth, mußte vor dem Gericht erscheinen, da er entgegen den Bestimmungen der Gewerbeordnung zwei Arbeiterinnen bis 12 Uhr nachts, resp. von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens beschäftigt hatte. Herr Kloth erklärte, daß die Mädchen eine Spezialarbeit herstellten, von deren rechtzeitiger Lieferung er eine ständige Geschäftsverbindung erhoffte. Die Mädchen hätten sich daher abgedöst, sie hätten bloß neun Stunden täglich gearbeitet. Auch Herr Kloth operierte nach berühmtem Muster mit dem Terrorismusnachrichten. Die Leiter des Buchbinderverbandes machten seiner Firma das Leben schwer, sie hätten erklärt, daß sie jeden geringsten Verstoß anzeigen würden und sie verfüßren auch ganz rigoros, so daß seine Firma sehr häufig bei den Natzbancern angezeigt werde. Herr Kloth bat um seine Freisprechung mit der Motivierung, der Chef der Firma habe gedroht, er werde jeden Beamten rüchichtslos entlassen, der Anlaß zu einem Konflikt mit der Arbeiterschaft gebe. Herr Kloth wurde mit 50 M. Strafe belegt. Wenn der Chef der Firma Enders diesen lesterwähnten Ausspruch wirklich getan hat und danach zu handeln gedenkt, dann müßte der obengenannte Mödel schon längst zu allen Teufeln geschickt worden sein. („Leipziger Volkszeitung“.)

Die Arbeitslosen-Zuschkuffe für Buchbinder und verwandte Berufe in Berlin hielt am 23. April ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Vor-

sitzende Wienide erstattete den Geschäftsbericht; danach beträgt der derzeitige Mitgliederbestand 705, und zwar 150 weibliche und 555 männliche. An Unterstützung wurde gezahlt: an 4 weibliche Mitglieder für 53 Tage a 75 Pf., in Summa 39,75 M.; an 36 männliche Mitglieder für 961 Tage a 75 Pf., in Summa 720,75 M., insgesamt für 1014 Tage 760,50 M. Der Kassenericht erhöhte sich von 2620,21 M. auf 3429,01 M. Das Kassental befindet sich bei Baum, Stallschreiberstr. 47.

ri. Aus den Parlamenten. Der Reichstag beschäftigte sich vorbergangene Woche mit einer Vorlage, die die innerhalb der Gemeinden gelegenen Reichsbetriebe der Besteuerung durch die Gemeinden unterwirft, ferner mit einer Nachforderung von 23,7 Millionen Mark zu den Kosten des Aufstandes in Südwafrika und der neuen Fernsprechgebührenordnung. Während die Besteuerung der Reichsbetriebe ein jahrzehntelanges Vorrecht teilweise freigeigt, werden die nachträglichen Kosten des Herero-Krieges die ungeheure Summe der unproduktiven Ausgaben weiter steigern, und die Fernsprechgebührenordnung bringt zu den feitzrigen Belastigungen des Verkehrs eine neue Erschwerung, die auf die Einnahmen des Reichs von keinem großen Einfluß sein werden, aber den Gebrauch wesentlich verteuern, im Zeitalter des Verkehrs! Alle drei Vorlagen werden zunächst in Kommissionen beraten.

Die darauf folgende Lesung der Reichsverficherungsordnung kann hier übergangen werden, da an anderer Stelle des Blattes ausführlich darüber berichtet ist und nach den Kommissionsberatungen Veranlassung zu weiterer Behandlung besteht. Weiterhin wurden Abrechnungen der Reichskasse erledigt und das Gesetz über die Haftung des Reichs für seine Beamten verabschiedet.

Um die Fürsorge für die Kriegsveteranen besser als bisher zu regeln, haben verschiedene Parteien Anträge gestellt, die eine Unterstüzung von 120—150 M. pro Jahr vorsehen. Angenommen wurde schließlich der auf 120 M. lautende Antrag, dem nummehr aber der Bundesrat erst dann zustimmen will, wenn der Reichstag für die notwendige Deckung sorgt. Die bisher vorgeschlagenen Geldquellen einer Reichsteuer oder Verminderung der Brantweinliebesgabe sind für Teile des Reichstags und die Regierung unannehmbar.

Eine Reihe kleiner Vorlagen über Konsultatsverhältnisse usw. kann hier übergangen werden. Es scheint, daß die zu schließenden Kapitalzinsen in den Kolonien wichtiger als ein einheitliches Arbeiterrecht in Deutschland sind, denn letzteres ist vor 13 Jahren schon versprochen worden, aber nicht eingehalten, wogegen das beabsichtigte Konsultats-Kolonial-Gericht mit allen Mitteln gefördert wird. Bei der Verminderung der Reichstagsdrucksachen kam zur Sprache, daß die Reichsdruckerei den Buchdruckerarif nicht anerkannt hat, demzufolge auch niedere Löhne selbst für Faktore aufweist, trotzdem aber sehr hohe Geschäftsspesen hat, was von Fachleuten auf die vielen Aufpaffer zurückgeführt wird.

Eine Gesellschaft zur Rettung wurmfichiger Reichstagsmandate trat am Dienstag, den 26. April 1910, einem denkwürdigen Tage, ins Leben. Weil die verbündeten bürgerlichen Parteien Angst vor den der Sozialdemokratie günstigen Nachwahlen haben, wurden nicht nur die Wahlsprüfungen jahrelang verschleppt, sondern auch, entgegen der Wahlsprüfungskommission, ganz unhaltbare Mandate für gültig erklärt, um die Nachwahlen zu ersparen.

Wegen der noch schwebenden Verhandlungen wurde der Handelsvertrag mit Schweden vorläufig um ein Jahr verlängert.

Im württembergischen Landtag rief die Beratung der Vorlage über die Landwirtschaftskammer eine ausgedehnte Debatte über Sozialpolitik hervor, da eine Arbeitervertretung ebenfalls gefordert wurde. Das Gesetz selbst wurde auf sozialdemokratische Anträge hin durch das aktive und passive Wahlrecht der Frauen und die Proporzwahl verbessert, eine Arbeitervertretung jedoch als zurzeit für unbedenklich abgelehnt. Eine „Gesinderevertretung“ wollten die bürgerlichen Parteien trotz aller angeblichen Sympathien für die Sache nicht haben.

Der sächsische Landtag nahm die kürzlich erwähnten Leitfäge über eine Arbeitslosenfürsorge an, lehnte die sozialdemokratischen Anträge auf Einstellung von Mitteln in den Etat für Unterstüzungszwecke jedoch ab. — Die Regierung will sich nur zu einer Denkschrift verstehen, alles weitere vorerst abwarten.

Bei den Wahlen zum Altenburger Landtag haben die Sozialdemokraten 4 Sitze neu gewonnen, so daß sie jetzt insgesamt 7 besitzen. Die agrarische Mehrheit des Landtags ist vernichtet. — Im badiſchen Landtag beantragten die Sozialdemokraten, daß künftig in allen bayerischen Städten Wohnungämter eingerichtet werden

folten, denen von den Hausbesitzern alle vermietbaren Wohnungen angemeldet werden müssen.  
 Im bayerischen Landtag enthielt das Zentrum seine „Arbeiterfreundlichkeit“. Nach einer stürmischen Debatte, in der sich Sozialdemokraten und Liberale vereint gegen den Vorstoß wandten, setzte das Zentrum es mit Majorität durch, daß den Arbeitern der Eisenbahnen Post und Telegraphen in einer Resolution jedes Streikrecht abgeprochen wurde.

**25jähriges Jubiläum des Glaserverbandes.** In diesen Tagen begeht auch der Glaserverband das Jubiläum seines fünfundsingzigjährigen Bestehens. In der Sturmperiode des Sozialistengesetzes gegründet, hat er reichlich alle Drangsale zu kosten bekommen, mit denen damals die aufstrebenden Gewerkschaftsverbände beglückt wurden. Der Sitz des Verbandes war Wiesbaden; das in Aussicht genommene Leipzig lehnte wegen der von der Behörde bereiteten Schwierigkeiten die Uebernahme des Verbandssitzes ab. In Wiesbaden wurde 1888 der Glaserverband aufgelöst und seine Statuten und Protokolle eingezogen. Das Landgericht Wiesbaden bestätigte indes die polizeilicherseits ausgesprochene Auflösung nicht und die Vereinsunterlagen mußten wieder herausgegeben werden. 1890 traten dem Verbands die Bleigläser bei, und so zählte der Verband 1890, zehn Jahre später 2700 und 1906 5100 Mitglieder. Für Unterstützungszwecke gab der Glaserverband seit seinem Bestehen 463 870 Mk. aus. Er hat es auch erreicht, daß das Post- und Logiswesen im Glasergewerbe völlig in Wegfall gekommen ist. Seit einigen Jahren macht sich im Glaserberufe die Arbeitslosigkeit stark bemerkbar. Von 1900 bis 1909 mußten für Arbeitslosenunterstützung allein 217 764 Mk. ausgegeben werden. Da inzwischen die Mitgliederzahl um einige Hundert sank, tauchte aufs neue der Gedanke auf, den Verband mit einer größeren Gewerkschaft zu verschmelzen. Auf dem vorjährigen Nürnberger Verbandstag wurde ein solcher Antrag mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt; eine vorausgegangene Urabstimmung sprach sich mit 1303 gegen 903 Stimmen ebenfalls gegen die Verschmelzung aus. Seit 1900 ist der Sitz des Verbandes in Karlsruhe (Baden). Als Vorstandsmitglied fungiert seitdem Genosse Hermann Eichhorn, der seit der Gründung dem Glaserverbande angehört.

### Abrechnung vom Streik in Plauen.

Einnahmen:

Aus der Zentralkasse erhalten . . . . .	8517,63 Mk.
„ „ Lokalkasse „ „ „ „ „ „	68,50 „
<b>Summa:</b>	<b>8586,13 Mk.</b>

  

Ausgaben:

Streikunterstützung an 184 Ausständige	7530,85	68,50
Reiseunterstützung an 14 abgereiste Streikende	72,—	—
Für Fortschaffung Zugereister . . . . .	482,43	—
Für Fernhaltung des Zuganges . . . . .	85,85	—
Für Rechtschutz und polizeiliche Strafverfügungen . . . . .	79,—	—
Für Flugblätter und Annoncen . . . . .	104,50	—
Für Porto und Schreibmaterial . . . . .	7,30	—
Für Tarifberatungen . . . . .	63,50	—
Für Entschädigung der Streikkommission . . . . .	143,20	—
<b>Summa:</b>	<b>8517,63</b>	<b>68,50</b>

Die Richtigkeit vorstehender Abrechnung beglaubigt:  
 Plauen, den 13. April 1910.

Emil Pfütze, Bezirksleiter.  
 Für die Streikleitung:  
 Max Kunz, Otto Lüdtke, Carl Schlagh.  
 Die Revisoren:  
 Gustav Hoher, Alfred Lanig.

### Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 2. Mai bei der Verbandskasse ein: Von Berlin mit 15 004,25 Mk., Potsdam-Nowawes —, — Mk., Königsberg 103,34 Mk., Stettin 400 Mk., Breslau 600 Mk., Bries 150 Mk., Rattowitz 86,61 Mk., Posen 70 Mk., Gau 5 512,93 Mk., Halle 400 Mk., Halberstadt 145,65 Mk., Gau 6/7 366,50 Mk., Vant-Wilhelmsbaben 117,74 Mk., Bremen 100 Mk., Bremerhaven —, — Mk., Hamburg-Altona 2000 Mk., Gau 8 350 Mk., Bielefeld 641,02 Mk., Braunschweig 400 Mk., Hannover 3686,10 Mk., Kassel 250 Mk., Erfurt 200 Mk., Gera 200 Mk., Gau 10 301,13 Mk., Warmen-Eberfeld 800 Mk., Bochum 120 Mk., Bonn 75 Mk., Düren 100

Mart, Düsseldorf 426,06 Mk., Gagen 172,79 Mk., Sferlohn 40 Mk., Newicid 82,13 Mk., Solingen-Bald 250 Mk., Frankfurt a. M. 960 Mk., Mainz 210 Mk., Gau 12 818,22 Mk., Annaberg-Buchholz 645 Mk., Chemnitz 600 Mk., Limbach 367,17 Mk., Plauen 250 Mk., Wurzen 98,83 Mk., Mannheim-Ludwigshafen 700 Mk., Saarbrücken 58,10 Mk., Gau 15 100 Mk., Eßlingen 120 Mk., Karlsruhe 390 Mk., Stuttgart 4000 Mk., Gau 16 100 Mk., Nürnberg-Fürth 1100 Mk., Augsburg 60 Mk. und von München mit 2700 Mk. E. Hauelsen.

### Adressenänderungen.

**Dortliche Bevollmächtigte.**  
 Solingen: H. Nanterz, Kirchstr. 54.  
 Burgstädt i. S.: M. Reichel, Augustiusstr. 20.  
 Lahr i. B.: G. Baumert, Marktstr. 36. Alle Zuschriften sind zu richten an W. Lauer, Werderstraße 84.  
 Weilbronn: A. Kleintncht, Mönchensjtr. 51 I.  
**Gaubevollmächtigte.**  
 Gau 14. Eßing und Lothringen. Gauborort Straßburg i. E., A. Harjinger, Kalbsgasse 10 II. Vertrauensmann für Mühlhausen i. E.: E. Mihsner, Jägerstraße 13.

### Unterstützungs-Anzahler.

Posen: F. Wardowski, Schützenstr. 31.  
 Halle a. S.: M. Müller, Thomajusstr. 41 ptr., von 6—7 Uhr (nur Werktags).  
 Solingen: P. Schulze, Kaiserstr. 10 ptr.  
 Weimar: M. Thiel, Erfurter Straße 57 III, von 7—8 Uhr abends und Sonntags von 1—2 Uhr.

### Briefkasten.

W. S. in Br. „Gedicht“ steht Ihnen zur Verfügung. Wir haben keine Verwendung dafür.

Einer unserer Kollegen ersucht um Antwort auf folgende Frage: Kann mir ein Kollege Auskunft geben, welche Kunstanstalt oder welcher Verlag un-aufgezogene Photographien, Ansichtskarten und Chromos von Bebel, Liebknecht usw. liefert?

## ANZEIGEN

### Tüchtiger Monogramm- und Wappenpräger

dem an dauernder Stellung gelegen, sofort gegen hohen Lohn nach Düsseldorf gesucht. Ausführliche Bewerbungen mit Angabe der Lohnansprüche sub D. W. 29 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

### Papiergeschäft

anderer Unternehmen halber sofort zu verkaufen. Inventarpreis 1800 Mk.  
 Lüdtke, Berlin, Pasteurstr. 3.

Laden m. Wohn., worin früh. üb. 20 Jahre Buchb.-u. Schreibw.-Gesch., i. d. Nähe viel. Schulen. Berlin, Gr. Hamburgerstr. 4.

**Tüchtige Glasmacher** gesucht, für Gläser und Stalagen. Deutsche Glas- und Metallwaren-Ges., Köln a. Rhein, Rastrichterstr. 49.

**Anton Spindler, Leipzig-Th.**  
**Vorteilhafte Bezugsquelle**  
 in besten Guss-Schriften, Gravuren für Presse und Handvergoldung  
 Sämtliche Ueberzug- u. Vorsatzpapiere  
 Japanische Neuheiten  
 Maschinen, Werkzeuge u. Materialien zu äussersten Preisen  
 Beste Bedienung! Grosse Musterauswahl!

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hllsk.) Sitz Leipzig.

**Verwaltungsstelle München.**  
 Am 19. April verstarb unser langjähriges Mitglied, Herr  
**Valentin Wallner**  
 aus Baging, im Alter von 49 Jahren.  
 Der Vorstand.

### Bielen Kranken

haben Hauskuren mit Lamischeider Stahlbrunnen vortreffliche Dienste geleistet.  
 „Durch die herrlichen Erfolge an meiner bleichsüchtigen Tochter und an einer kränklichen schwachen Kollegin bin ich ein warmer Werber für Ihren Lamischeider Stahlbrunnen geworden.“ — „In meinem 61. Lebensjahre wurde mein Magen allmählich so schwach, daß ich nicht mehr die leichtesten Speisen verdauen konnte. Nebenbei quälten mich heftiges Aufstoßen, Rückenschmerzen, Kopfschmerzen. Durch Gebrauch des Lamischeider Stahlbrunnens wurde ich von allen diesen Leiden befreit.“ — „Für Ihre köstlichen Wasser verdanke ich meine Heilung.“ — „Nach Beendigung der Kur hat sie den alten Schaffensgeist wie früher.“ — „Bin mit dem Lamischeider Stahlbrunnen ausgezeichnet zufrieden, vorgenommene Wadereise kann unterbleiben, da Nervosität, Appetitlosigkeit und Schwäche verschwunden sind.“  
 Aus Schriften von Ärzten: „Ein ganz vorzügliches Eisenmanganmedicament ist das Lamischeider Wasser, die Lösungsverhältnisse der hauptsächlich wirksamen Stoffe stimmen mit denen des Blutes überein.“ — „Das Wasser ist hochgradig eisenhaltig, leicht bekömmlich und gut verdaulich. Die Patienten, die es genommen haben, haben sich stets wohlgeföhlt, haben es gern getrunken und haben an Körperlichem und seelischem Wohlbefinden zugenommen, so daß sie ihrem früheren Beruf bald wieder nachgehen konnten.“ — Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge, Anwendungsgebiet und Bezug des Brunnen kostenlos durch: Lamischeider Stahlbrunnen in Düsseldorf SO. 128.

### Deutscher Buchbinder-Verband.

Unserm Kollegen **Joseph Lichtlein** und seiner Frau **Franziska Schlee** zur Vermählung die besten Glückwünsche.  
 Zahlstelle Würzburg.

**Bildergeschäft,**  
 gutgehendes, in bester Lage Stuttgart, krankheitshalber  
 zu verkaufen.  
 Gutes Auskommen bietet sich für Schreiner, Glaser, Buchbinder oder Bergolder zum Selbständigmachen. Zirkel 4000 Mk. bar erforderlich. Offerten unter S. L. 2689 an Rudolf Woffe, Stuttgart.

**OTH. WINCKLER**  
  
**Kostenfreier Arbeitsnachweis**  
 für Buchbinder  
 O. Th. Winckler, Leipzig

**Inserate** finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.